000454

Gummersbacher Zeitung

Bezugspreis:
Durch die Boten und Geschäftsstellen: das Vierteljahr 2,25 Mk., für 1 Monat 75 Pfg., einschließlich Traggeld; durch die Post: vierteljährlich am Postschalter abgeholt 2 Mk.; frei ins Haus 2,42 Mk.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Telegramm-Adresse: Zeitung Gummersbach.
Fernruf: Amt Gummersbach Nr. 12.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Gummersbach

Tageblatt für das oberbergische und märkische Land

Verbreitetste Zeitung im oberbergischen und homburgischen Bezirk.

Gegründet 1837

Rotationsdruck und Verlag: Friedr. Luyken (W. Albrecht) G. m. b. H. in Gummersbach.

Anzeigenpreis:
Die gewöhnliche Spaltzeile oder deren Raum 15 Pfg., oberhalb des Anzeigenstriches die Spaltzeile oder deren Raum 50 Pfg. Bei gerichtlicher oder zwangsweiser Beitreibung kommt jeder Rabatt in Wegfall.

Schluß der Anzeigen-Annahme
für kleine Anzeigen 7½ Uhr morgens, für größere Anzeigen Tags vorher um 3 Uhr nachmittags.

Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Stellen wird keine Gewähr übernommen.

Verbreitungsbezirk: Gummersbach — Bergneustadt (Stadt) — Bergneustadt (Land) — Drabenderhöhe — Gimborn — Marienheide — Nümbrecht — Ründeroth — Wiehl — Eckenhagen — Denklingen — Hermesdorf Waldbröl — Ruppichteroth — Morsbach — Rosbach (Sieg) — Engelskirchen — Wipperfürth — Hückeswagen — Neu-Hückeswagen — Meinerzhagen — Kierspe — Marienberghausen — Halver i. W.

№ 13. | Sprechstunde der Schriftleitung: wochentags 3—4 Uhr nachm. | **Montag, den 17. Januar** | Anzeigen-Annahme: Sonntags 11—12 Uhr, werktags 7—12 vorm., 2—7 Uhr nachm. | **1910.**

Wünsche zur Strafprozeßreform.

* Gummersbach, 17. Januar.

Der Reichstag ist in die erste Lesung des Entwurfs zur Reform unserer Strafprozeßordnung getreten, jenes Fundamentalwerks formalen Inhalts, das durch die später vorzunehmende Neuregelung unseres Strafrechts seine Ergänzung nach der materiellen Seite hin finden soll, während die Hauptmängel unseres jetzigen Strafrechts durch eine Anzahl von Strafrechtsnovellen schon jetzt beseitigt werden sollen, dem neuen Strafgesetzbuch also bis zu einem gewissen Grade schon vorgearbeitet wird.

Die Vorarbeiten zu einer Neuregelung des deutschen Strafverfahrens begannen, nachdem der Reichstag sie seit dem Jahre 1883 durch mehrfache Anträge gefordert hatte, schon vor sechs Jahren; aber erst im Juli 1908 wurde der Entwurf, den die Kommission ausgearbeitet hatte, und der jetzt dem Reichstage ebenso vorliegt, wie die Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, in seiner definitiven Fassung bekannt, wenn auch die „Köln. Zeitung" bereits ein Jahr zuvor mit größeren Auszügen aus den vorläufigen Entwurf hatte aufwarten können. Daß die neue Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz die dem Reichstage bereits im März 1909 zugingen, von ihm bisher nicht in Angriff genommen werden konnten, lag daran, daß die Erledigung der Reichsfinanzreform im vorigen Frühjahr und Sommer alle Zeit des Reichstags absorbierte, — nicht zum Schaden der Strafprozeßordnung, mit der sich die Oeffentlichkeit nun um so eingehender beschäftigen und sie einer umfassenden Kritik unterziehen konnte.

Das Schlußurteil, das die öffentliche Kritik über die neue Strafprozeßordnung gefällt hat, lautet im großen und ganzen günstig. Ueberall erkennt man an, daß sie, sowie das mit ihr in engstem Zusammenhang stehende neue Gerichtsverfassungsgesetz, einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem geltenden Recht bedeutet. So insbesondere hinsichtlich der vorgeschlagenen Berufung gegen die Urteile der Strafkammern, hinsichtlich der Hinzuziehung des Laienelements zur Rechtsprechung in den Strafkammern, hinsichtlich der Schaffung von Jugendgerichten, hinsichtlich der Beschränkung des Zeugniszwanges, hinsichtlich der Verweisung von Preßvergehen vor Gerichte an deren Rechtsprechung auch Laien beteiligt sind, und schließlich auch hinsichtlich des Vorschlages, fortab den Schöffen und Geschworenen Tagegelder und eine Reisekostenentschädigung zu gewähren. Aber diesen Fortschritten stehen auch verschiedene Mängel gegenüber, so daß der Reichstag alle Ursache hat, ernstlich zu prüfen, ob es sich, — um mit den Worten Professor v. Hippels zu sprechen, — rechtfertigt, „segensreiche Fortschritte um den Preis zweifelloser schwerer Schäden und Rückschritte zu erkaufen."

Der neue Staatssekretär im Reichsjustizamt, Dr. Lisco, hat Umfang, Zweck und Ziel der neuen Strafprozeßordnung in einer so eingehenden Rede im Reichstag erörtert, daß es überflüssig ist, hier noch einmal die ganze Materie aufzurollen. Es mag daher genügen, lediglich das hervorzuheben, was nach unserer Ansicht Bedenken begegnet. Da ist es zunächst die beabsichtigte Gestaltung des Vorverfahrens und der Voruntersuchung, an die der Reichstag seine bessernde Hand legen muß, wenn wir auf diesem Gebiete einen wesentlichen Fortschritt machen wollen. Dem Verteidiger muß jedenfalls die volle Akteneinsicht und der volle, uneingeschränkte Verkehr mit seinem in Untersuchungshaft befindlichen Klienten eingeräumt werden, soll er die Interessen seines Mandaten gegenüber der hier sehr bevorzugten Staatsanwaltschaft voll und ganz wahrnehmen. Der Entwurf gestattet die Akteneinsicht aber nur unter der Bedingung, daß davon keine Gefährdung des Untersuchungszweckes zu befürchten ist, und sieht für den Verkehr des Verteidigers mit den Untersuchungsgefangenen Beschränkungen vor, die in ihrer unbestimmten Fassung den Umfang dieses Verkehrs fast völlig in das Ermessen des Untersuchungsrichters und des Staatsanwalts stellen. Und zwar unter dem für die deutsche Anwaltschaft besonders kränkenden Verdacht, der Verteidiger könne und werde sich dazu mißbrauchen lassen, durch Vernichtung von Spuren der Tat oder durch Beeinflussung von Zeugen oder Mitschuldigen die Ermittelung der Wahrheit zu erschweren."

Der zweite Punkt, der in dem Regierungsentwurfe der neuen Strafprozeßordnung beanstandet werden muß, ist die Regelung der Untersuchungshaft selbst. Hier hält der Entwurf ebenfalls im wesentlichen an den alten Rechtsformen fest. Denn läßt es sich rechtfertigen, daß die Untersuchungshaft, die doch in erster Linie dazu bestimmt ist, einer Gefahr der Verdunkelung des Tatbestandes vorzubeugen, über Gebühr ausgedehnt wird? Der Angeschuldigte hat unter ihr ganz besonders schwer zu leiden, weil sie ihn unvermittelt aus dem Leben herausreißt und ihre Dauer sich gar nicht übersehen läßt. Da wäre es doch wohl angebracht, die Untersuchungshaft nur auf die Zeit zu beschränken, in der wirklich Kollusion, also Verdunkelung des Tatbestandes zu befürchten ist, kolusion nur auf so lange, bis der Tatbestand durch Ermittelungen und Zeugenvernehmungen einwandfrei festgestellt ist. Auch die Verhängung der Untersuchungshaft wegen Fluchtverdacht müßte unseres Erachtens auf eine andere Grundlage gestellt werden. Bestimmt doch hier der Entwurf, daß eine Begründung des Fluchtverdachts durch das Gericht nicht nötig ist, wenn man annehmen kann, daß auf die Dauer eines Jahres überschreitende Freiheitsstrafe erkannt werden wird. Das bedeutet gegenüber dem geltenden Recht, welches bei Vergehen stets eine Begründung des Fluchtverdachts forderte, eine offensichtliche Verschlechterung. Auch wird man es sich überlegen müssen, ob in unserer sozialen Zeit noch an der Bestimmung festzuhalten ist, daß die Untersuchungshaft durch Sicherheitsleistung abgewendet werden kann. Ob schließlich, wie das von verschiedenen Seiten gefordert wird, dem Angeschuldigten die Möglichkeit gegeben werden muß, in mündlicher Verhandlung gegen die Verhängung der Untersuchungshaft wegen Kollusionsgefahr oder Fluchtverdacht zu protestieren, indem er seine Gegengründe darlegt, ist eine Frage, die nicht ohne weiteres bejaht werden kann, da solche Erörterungen wohl niemals zu dem vom Beschuldigten ersehnten Ziele führen werden und die Gerichtsbehörde ihrerseits im Interesse des Rechts und der Allgemeinheit jedenfalls alles aufbieten muß, um den Verbrecher auch der Bestrafung zuzuführen. Dagegen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß schon während der Untersuchungshaft dem Angeschuldigten, wenn er nicht die Mittel hat, sich einen Verteidiger zu engagieren, ein Offizialverteidiger beigegeben werden muß. Gerade der Mittellose, der zumeist auch der juristisch wenigst Gebildete ist, entbehrt den Beistand eines Rechtskundigen in der Untersuchungshaft. Der Bemittelte weiß in den meisten Fällen ganz genau, wie er sich dem Untersuchungsrichter gegenüber zu verhalten hat.

Hinsichtlich der Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes aber wird man einen großen Wunsch nicht unterdrücken können. Es ist richtig, daß die Einführung der Berufung gegen Strafkammerurteile einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem geltenden Recht darstellt, aber dieser Fortschritt wird dadurch wieder verringert, daß in der Berufungsinstanz nur gelehrte Richter sitzen sollen die in gewissen Fällen nur zu leicht geneigt sein werden, das Urteil der aus Laien und Richtern zusammengesetzten Strafkammer umzustoßen und damit der volkstümlichen Auffassung der Rechtslage ins Gesicht zu schlagen. Nein, wenn die Strafkammern sich aus zwei Berufs- und 3 Laienrichtern zusammensetzen sollen, so müßte nach unserer Ansicht die Berufungsstrafkammer 3 Berufsrichter und etwa 6 Laienrichter zählen, wenn ein organischer Aufbau unserer Strafrechtspflege zustandekommen soll. Daß in Deutschland nicht das nötige Material für die Besetzung der Laienrichterstellen vorhanden sein soll, vermögen wir nicht zu glauben, besonders, da ja der Entwurf für die Aburteilung der kleinen und kleinsten Vergehen die Stellung des Einzelrichters geschaffen hat, die bisherigen Schöffen also in diesen Fällen ausscheiden. Wie sich der Reichstag freilich zu dieser Institution, in der man die Wiederschaffung des alten Polizeirichters sehen kann, stellen wird, und wie er über die damit im Zusammenhang stehende Verschiebung unserer ganzen Strafrechtspflege nach der Richtung der unteren und mittleren Instanzen hin denkt, ist eine andere Frage. Jedenfalls aber findet er in dem Entwurf zur Reform der Strafprozeßordnung, sowie zur Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes eine Grundlage, die nur in den oben von uns skizzierten Richtlinien weiter ausgebaut sein will, um Deutschland eine moderne Strafrechtspflege zu sichern, die der Handhabung des neuen Strafgesetzbuches in jeder Weise zugute kommen muß.

× Die Justiznovellen.

(Aus der Reichstagssitzung vom 14. Januar.)

Auf der Tagesordnung stehen die beiden Novellen über Aenderungen der Gerichtsverfassung und der Strafprozeßordnung. Damit ist gesagt, daß heute die Juristen das Wort haben und die anderen in einer Art gleichmütiger Apathie dem Meinungsaustausch der Fachmänner zuhören. Wenn sie's nicht gerade vorziehen, in Wandelhalle, Restaurant oder Bibliothek — je nachdem — Unterhaltung, Zerstreuung und Belehrung zu suchen. Nebenbei bemerkt, die meisten ziehen das vor. Dafür haben die wenigen, die trotzdem ausharren, den erlesenen Genuß, den Reichstag in seltener Einmütigkeit zu sehen. Man ist nicht gerade enthusiasmiert von dem Werk, das, wie die Dinge liegen, ja nur Stückwerk sein kann; aber man findet doch, daß es eine geeignete Grundlage für weitere Arbeiten sei, und man wünscht allgemein, daß aus der Kommission, die auch den Sommer über zusammenbleiben soll, eine Vorlage hervorgehe, der man dann ohne Bedenken zustimmen könnte. Die Einmütigkeit geht sogar noch weiter. Der Entwurf sieht bekanntlich eine Erweiterung des Laienelements vor. Die aber genügt den meisten, genügt selbst einem Teil der Konservativen noch nicht, in deren Namen Herr Dr. Wagner Hinzuziehung von Schöffen auch in der zweiten Instanz fordert. Freilich ohne bei den verbündeten Regierungen auf Gegenliebe zu stoßen. Die Tätigkeit der Berufungsinstanz, erklärt Herr Beseler, der preußische Justizminister, der freundwillig seinem Kollegen im Reich assistiert, sei vorwiegend kritisch. Da sei das Laienelement nicht zu gebrauchen. Ein solches Experiment, für das es nie und nirgends ein rettendes Präzedens gäbe, könnten die verbündeten Regierungen nicht machen. Den nationalliberalen Part führt auch heute wieder Dr. Heinze, Sympathisch, freimütig; dabei in wohltuender Sachlichkeit. Die Rechte der Parteien, klagt er, seien noch immer nicht klar abgegrenzt; die Gewalten bei der Prozeßführung zu ungleich verteilt. Auch die neuen Bestimmungen würden noch von dem Mißtrauen gegen den Verteidiger beherrscht, indes man dem Staatsanwalt mit wesentlich geringerem Vorurteil begegne. Im übrigen findet Dr. Heinze, wenn schon ein Ton leiser Skepsis vernehmbar durchklingt, manches zu loben. So die Wiedereinführung der Berufung gegen Strafkammerurteile; so die vermehrte Zuständigkeit der Schöffengerichte, die eine Entlastung der oberen Instanzen bedeute. Ob die Einschränkung des Legalitätsprinzipes, das bisher den Staatsanwalt unter allen Umständen zum Einschreiten zwang, das Richtige treffe, werde in der Kommission zu prüfen sein. Desgleichen die Stipulationen über die Voraussetzungen der Untersuchungshaft, die an der nicht immer erfreulichen bisherigen Praxis am Ende nicht allzu viel ändern werde. — An der Debatte beteiligten sich noch Herr Groeber vom Zentrum, Herr Dr. Müller-Meiningen und der freikonservative Herr Wahrenhorst.

•

Am Bundesratstisch: Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco und preußischer Justizminister Dr. Beseler.

Vizepräsident Dr. Spahn eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr.

Einem schleunigen Antrag der Sozialdemokraten, ein Strafverfahren gegen den Abgeordneten Albrecht (Soz.) einzustellen, wird entsprochen. Darauf wird die erste Beratung der Justiznovellen fortgesetzt.

Dr. Wagner (kl.): Wir begrüßen den neuen Staatssekretär und hoffen, daß es ihm vergönnt ist, das große Werk zu vollenden, das einem jahrzehntelangen Wunsche des deutschen Volkes entspricht. Die Vorlage hat den großen Vorteil, daß sie, im Gegensatz zu andern Gesetzen, in sprachlicher Hinsicht geradezu ein Muster ist. Der Entwurf erweitert die Teilnahme der Laienrichter an der Rechtsprechung, die wir lebhaft begrüßen. Das System der Schöffen soll auch auf die

Der Wirt von Veladuz.

Roman von Georg Hirschfeld.

41 (Nachdruck verboten.)

Sternwalds Sieg über Freydank wurde in Veladuz als Sieg der ganzen Ortschaft gefeiert. — Ueber Nacht nahm fühllose Undankbarkeit von allen Herzen Besitz — der alte, verdiente Mann war erledigt. Wofür er kämpfte, galt allen nur noch als selbstsüchtige Spekulation — ja, man beneidete ihn um das „Schäfchen, das er ins Trockene gebracht". Mühelos sicher gestellt war er ja — die Andern hatten jetzt um ihre Existenz zu kämpfen. Unverschämt — eine solche Pacht! Vom eigenen Schwiegersohn! Als Sternwald gar noch bekannt werden ließ, daß er nicht nur daran dächte, auf dem erworbenen Boden neue Hotels zu bauen, sondern endlich auch für das ersehnte Spital zu sorgen, wandte sich die Volksstimmung stürmisch zu ihm hin. Und abends brachte eine Schar Buben dem ehemaligen Ortsvorsteher eine Katzenmusik. Von Jakob Freydank war nichts zu sehen. Er lag im Bett und las in seiner alten Chronik. Die bemalten Rouleaux waren heruntergelassen, die Haustür hatte er fest verrammelt. Dahinter kläffte wütend sein alter Hund, bereit, den ersten Eindringling an der Schulter zu packen.

Sternwald war sich klar darüber, daß er die solide Geschäftsführung, die er im großen und ganzen doch von dem verhaßten Bauernwirt übernommen hatte, jetzt preisgeben müßte. Es vollzog sich alles so betäubend schnell, weittragende Beschlüsse waren so ohne jede Erwägung zu fassen, daß es nur darauf ankam, wie er sich durchsetzte — durch welche Mittel und Wege, mußte gleichgültig werden. So konnte er die Geldangebote, die zahlreich an ihn herantraten, nicht lange prüfen. Keine Moral, die Summe entschied, und manche Schlinge mußte er sich mit Bewußtsein legen lassen. Von drei, vier Seiten wurde er alsbald fest gemacht. Es waren recht zweifelhafte Aktiengesellschaften, denen er sich verpflichtete. Was er gewann, mußte er doppelt wiedergeben — so klangen die meisten Verträge aus. Aber er schaffte sich doch Raum damit, Raum und Zeit. Wenn alles so florierte, wie er es bestimmt voraussah, überwand er die Blutsauger insgesamt und war zu guter Letzt der Klügste. Nur die Uebersicht über das Ganze zu behalten, war für einen Kopf eine unmögliche Aufgabe. Jacques versagte natürlich wieder, als es sich nicht mehr um Phantasien handelte, sondern um die praktische Verwirklichung. Für ihn war die Reise nach dem Mond eine kleine Vergnügungsreise. Es störte ihn, jetzt „praktisch" sein zu müssen, wenn es um den Geldbeutel andrer Leute ging. So wandte Fritz sich voll Aerger von ihm ab, überwältigte mit Barbara die riesige Korrespondenz (was ihm an der Seite dieser Frau eine eigentümliche moralische Sicherheit gab) und übertrug die Kontraktschlüsse mit dem neuen Personal Herrn Martin, dem allmächtigen Oberkellner. Dieser wehrte sich erst scheinbar gegen die große Verantwortung, triumphierte aber insgeheim mit seiner Antonia, da sie den Weg zur Selbständigkeit geebnet sahen. Martin hatte einen klaren, zynischen Kopf. Ihm war es ein Naturgesetz, daß diese tolle Gründerei zunächst auf einen großen „Krach" hinauslaufen müßte, aus dem nach seiner Erfahrung dann erst die wahre Blüte hervorsproß. Neues Leben aus Ruinen! — Martin rüstete sich schon, die Ruinen praktisch zu verwerten. — —

Von seiner Lieblingsidee, am Ufer des Marolasees das neue Palasthotel anzulegen, mußte Sternwald zunächst wieder abkommen. Der Boden bedurfte dort komplizierter Fundierungsarbeiten, die sofort in Angriff genommen werden mußten, ohne daß an den Hotelbau selbst zu denken war. Er entschied sich für die freie Plattform am Abhange des Rosenberges, wo ein nicht so märchenhaft großes, aber äußerst elegantes Haus errichtet werden konnte, mit der schönsten Aussicht auf See und Hochgebirge. — So rückte also ein verstärktes Arbeiterheer aus der Schweiz und aus Deutschland ein. Da um dieselbe Zeit (der Frühling kam schon ins Land) der gewaltige Bahnbau begonnen wurde, hallte das Tal alsbald von wildem Lärm wieder. Je mehr um sie herum geschafft wurde, desto mehr Müßiggang kam über die Veladuzer selbst. Wer er nötig hatte, verdingte sich freilich, seinen Bauernstolz vergessend, den Bahningenieuren oder Sternwald, dem Hotelarchitekten. Alle Andern aber ließen Arbeit Arbeit sein und standen gaffend umher. Es gab soviel zu sehen — besonders für den weiblichen Teil der Bevölkerung. Da waren vor allem die Südtaliener, ein wildes, gefährliches Korps, das die Tunnelstollen in aufreibendem Frohndienste anlegte. Händelsüchtig, diebisch, trotz ihrer fleißigen Genügsamkeit. Kaum ein Tag verging, ohne daß die Polizei einen Messerkampf zu schlichten hatte, keine Nacht, ohne daß ein hübsches Weib im Dorfe sich eines schwarzen Teufels, der ins Fenster stieg, zu erwehren hatte. Kam der rächende Mann dazu, so hatte der Neapolitaner schon einen Revolver in der Faust, und es krachte öfters in stürmischer Dunkelheit. Am Morgen fand man dann einen Bauer tot, der zwanzig Jahre lang sein Feld bestellt hatte, seinen Kindern ein redliches Beispiel gewesen war. Die Polizei zeigte sich vollständig machtlos. Um die „Privatangelegenheiten" kümmerte man sich nicht mehr, man hatte genug mit den öffentlichen zu tun. Der Verbrecher wurde nicht angegeben, denn das wilde Korps war verschworen, und die schuldige Frau fürchtete zu allem Unglück noch die Schande.

Am meisten Not hatte die Behörde, bei der Arbeit selbst die Ordnung aufrecht zu erhalten, die Ingenieure zu schützen, die den dumpfen Haß ihrer Sklaven durch Branntweinverbote und brutale Behandlung schürten. Nutzen von dem neuen, höllischen Treiben hatten zunächst nur die Kneipwirte — allen voran Michael Planta, dessen Osteria immer von gröhlenden Sängern und fluchenden Spielern angefüllt war.

Als im Frühsommer die Sprengungen begannen, geschah das erste Unglück, das wie ein Fatum den Uebermut der Menschen niederriß und auf die Vergänglichkeit aller ehrgeizigen Pläne hinwies. Eines Morgens erdonnerte das ganze Tal. Als ein Ueberblick durch Staub- und Rauchwolken möglich war, erhob sich ein Wehklagen, so durchdringend, daß Fritz Sternwald aus seinem seidenen Bett sprang und notdürftig bekleidet hinaus eilte. Die Dynamitpatronen des größten Tunneldurchstichs hatten sich zu früh entladen. Zweihundert Arbeiter waren noch im Schacht gewesen — über hundert mußten tot sein. Als Sternwald sich dem Unglücksorte nähertz, sah er die fassungslosen Ingenieure, die heulenden Weiber und Kinder. Ueber den Werkmeister aber, der das Zeichen zu früh gegeben hatte, kniete ein alter Italiener. Sein Messer troff von Blut. Man riß ihn zurück — es war zu spät. Er hatte den Schuldigen abgestraft. Drei Söhne lagen im Stollen, drei Söhne des Alten! Wer wollte da Hand an ihn legen? — Sternwald wandte sich ab. Schon trug man verstümmelte Leichen aus der rauchenden Tiefe, schon war das Gräßliche zu erblicken — nein! Er durfte sich damit nicht abgeben. War es auch noch so fürchterlich — es war ein Zufall nur, ein Zufall, der künftig verhütet werden konnte. „Opfer", murmelte der Hotelier vor sich hin, indem er eilig weiter schritt, als ob er sich vor einem unsichtbaren Begleiter rechtfertigte, „Opfer — die sind immer nötig — unumgänglich bei einem so großartigen Unternehmen! Die armen Leute! Aber wenn die Bahn erst fertig ist! Die Bahn! Ein Denkmal der Kultur! Was wollen die paar Toten, die paar Krüppel dagegen besagen!?"

Er eilte zum Rosenberg hinauf. — Genesung, Sicherheit und neuen Mut wollte er sich an seinem Hotelbau trinken. Endlich, endlich war er oben. — Hier fand er alles in bester Ordnung, gefördert war das Werk — schon ragten stolze Pfeiler zur Sonne und wer die Phantasie besaß, konnte das Ganze fertig, von einer genußsüchtigen, schwatzenden Menge erfüllt, vor sich sehen. Wer Phantasie besaß — das Ziel, den fühllosen Mut zur Zukunft — Sternwald atmete auf. Er konnte sich's zutrauen. Er jammerte nicht um das, was notwendig war. Hier diente alles seinem Ehrgeiz.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Während der neuen Saison gab es neben all den bewundernden und schmeichelnden Stimmen auch solche, die Sternwald entschieden dazu rieten, das Riesenhotel am Marolasee bald in Angriff zu

Landgerichte ausgedehnt werden, allerdings nur für die erste Instanz. Der überwiegende Teil meiner Freunde hätte dies auch gern auf die zweite Instanz ausgedehnt. Die vorgeschlagene Form der Berufungskammer erscheint im einzelnen bedenklich. Das Revisionsverfahren auf rein formeller Grundlage kann vereinfacht werden. Im Vorverfahren sind gewisse Erleichterungen erwünscht. Meine Freunde werden mit allen Kräften mitarbeiten, damit der Entwurf so bald wie möglich verabschiedet und schon im nächsten Jahre Gesetz wird. Ich beantrage Ueberweisung an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern.

Dr. Heinze (nl.): Es besteht tatsächlich eine Unzufriedenheit mit unseren heutigen strafgerichtlichen Einrichtungen, weil sie bei den veränderten Verhältnissen, z. B. in Berlin, versagen. Die wichtigsten Fragen: Zuziehung des Laienelements, Berufung gegen die Strafkammerurteile und Schwurgerichtsreform, über die die Juristen verschiedener Meinung sind, sind durch politische Momente bereits entschieden. Mit den Hauptlinien der Vorlage sind wir einverstanden. Man soll aber nicht den Zusammenhang dieser Dinge mit dem gesamten öffentlichen Recht vergessen, damit gute Arbeit geschaffen wird.

Justizminister Dr. Beseler: Der Entwurf ist im ganzen günstig aufgenommen worden, auch in der Presse, wenn auch einzelne Bedenken laut wurden. Die Beteiligung des Laienelements an der Rechtsprechung geht auf das vergangene Jahrhundert zurück. In der kurzen Zeit seit 1879 hat man mit den Schöffengerichten gute Erfahrungen gemacht. Das beruht aber nicht allein auf der Hinzuziehung des Laienelementes, sondern auch darauf, daß gegen ihre Urteile eine Berufung möglich ist. (Sehr richtig!) Auch die Schöffengerichte machen Fehler. Diese Fehler werden durch die Strafkammer in der Berufung gut gemacht, und gegen diese Berufungsurteile der Strafkammer hat sich niemals der Unwille erhoben, wie gegen ihre sonstigen Entscheidungen. Das kam daher, daß letztere, wenn sie irrtümlich waren, nicht tatsächlich berichtigt werden konnten, sondern nur durch die auf formalem, also auf einem ganz andern Gebiet liegende Revision. Die Einwürfe, daß die Richter weltfremd seien, muß ich entschieden zurückweisen. Sie tun den Richtern bitter unrecht. Das Experiment, auch für die zweite Instanz des landgerichtlichen Verfahrens Schöffen hinzuzuziehen, können wir nicht mitmachen. Es dürften kaum genügend Schöffen zu finden sein, und man liefe Gefahr, das Gesetz überhaupt nicht ausführen zu können. Schon heute kommt nur ein sehr begrenzter Bevölkerungsteil für das Schöffen- und das Geschworenen-Amt in Frage. Eine überaus große Belastung einzelner wäre zu befürchten. Die Tage- und Reisegelder werden auch künftig keine volle Entschädigung der Laienrichter vorstellen. Wir können den Versuch nicht machen, der vielleicht an der nicht genügenden Anzahl scheitern und nur ein Experiment bilden würde. (Beifall.)

Groeber (Ztr.): Die gegenwärtige Vorlage ist ein Erfolg der Bemühungen, welche seit 1883 sowohl vom Zentrum, wie von den Freisinnigen unternommen worden sind. Den Vorteil der Zuziehung von Laien zur Rechtsprechung hat die Gesetzgebung, und auch die Regierung hat das schon früher bei der Schaffung von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten anerkannt. Die Laienrichter haben eine nähere Fühlung mit manchen Volkskreisen und deren Lebensauffassung, sie kennen den Charakter der Bevölkerung und die örtlichen Gewohnheiten besser als die Juristen. Gegen den gelehrten Richter besteht auch ein gewisses Mißtrauen, weil man ihn mehr oder weniger für beeinflußt und abhängig hält. Die Justizkommission hat einmütig die Zuziehung von Laien auch in der Berufungsinstanz vorgeschlagen. Die Frage, ob neben den Schöffengerichten die Schwurgerichte fortbestehen sollen, beantworten wir mit ja. Wir wollen aber erst die Erfahrungen mit der neuen Strafprozeßordnung abwarten. Wir haben ernste Bedenken gegen die Durchbrechung des Legalitätsprinzips. Dem Staatsanwalt die Entscheidung zu überlassen, ob er Klage erheben will oder nicht, halte ich für ganz verkehrt. Der Ausschluß der Oeffentlichkeit bei dem Verfahren gegen Jugendliche ist nur zu billigen. Die Zuziehung von Frauen zum Schöffenamt halte ich nicht für richtig. Wenn die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wird, muß auch die Presse ausgeschlossen sein. Die Einschränkung des Zeugniszwangsverfahrens für Redakteure entspricht den Forderungen des ganzen Volkes. Ich hoffe und wünsche, daß die Arbeiten der Kommission ein gutes neues Gesetz schaffen wird. (Beifall.)

Müller-Meiningen (frs. Vp.): Auch wir erkennen die Vorlage als geeignete Grundlage für die längst erwartete Reform und als einen Fortschritt an. Wir wünschen auch für die Berufungsinstanz die Hinzuziehung des Laien-Elements. Die Berufungssenate für die Urteile der Strafkammern müssen an die Oberlandesgerichte kommen. Wenn Preußen dafür kein Geld hat, so erklärt es damit seinen Bankerott. In Süddeutschland hat man das durchgeführt, und die gegenteilige Regelung würde dort tiefe Erbitterung erregen. Man sollte das Verantwortlichkeitsgefühl des Volkes nicht unterdrücken. Die Zuständigkeit der Schwurgerichte sollte erweitert und wie in Süddeutschland auch auf Preßvergehen ausgedehnt werden. Die Oeffentlichkeit, namentlich bei politischen Prozessen, sollte im Interesse der öffentlichen Moral erhalten bleiben. Das Legalitätsprinzip darf, wenn auch die Gefahr der Ueberspannung vorliegt angesichts der umfassenden Polizeiallmacht, nicht geschmälert werden. Im Ausschuß wird sich etwas Brauchbares schaffen lassen. (Beifall.)

Bahrenhorst (Rp.): Die Vorlage ist ein Fortschritt. Die stärkere Heranziehung des Laienelementes ist zu begrüßen. Grundsätzliche Bedenken gegen die Vorlage bestehen nicht. Es wird sich hauptsächlich um Einzelheiten der praktischen Durchführung handeln. Man sollte auch auf diesem Gebiet zu einer völligen Rechtseinheit in ganz Deutschland kommen.

v. Dziembowski-Pomian (Pole): Wir wünschen die Zulassung des Laienelementes auch für die Berufungsinstanz. Wir müssen erstklassige Richter haben, nicht schneidige Richter, sondern solche, die das Vertrauen der Bevölkerung haben.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Samstag 11 Uhr vertagt. Außerdem Anfragen über Privatbeamten und Tabakarbeiter.

Schluß 6¼ Uhr.

○ Aus den Reichstagskommissionen.

Die Aussprache über die Diamantenfrage füllte auch die Freitagssitzung der Budgetkommission aus. Von Zentrum liegt ein Antrag vor, der fordert, daß Bergwerks- und Land-Konzessionen vor der Verleihung dem Reichstag und Bundesrat zur Genehmigung vorzulegen sind.

Nach der Begründung des Antrages durch einen Zentrumsredner führt Staatssekretär Dernburg aus: Man habe den Ansiedlern empfohlen, eine Minenkammer zu bilden; aber zu konstruktiven Aufgaben seien die Herren schwer zu bekommen. Auch er wünsche Sachverständigenurteile; werden aber nichtsachverständige Urteile befolgt, so erregt diese Nichtbeachtung Mißstimmung, deshalb sei Vorsicht nötig. Die Aufgabe sei, die ankommenden Diamanten im einzelnen zu schätzen; dabei wisse der Schätzer nicht, wem der Stein gehöre. In Deutschland gab es solche Schätzer nicht, es mußten ausländische angeworben werden, die verabredigt wurden. Nach der Abschätzung werden Sortimente für den Handel hergestellt, mit so und so vielen großen, kleinen, schlechten Steinen. Alle drei Wochen bieten die großen Diamantenhändler auf die Sortimente. Die Ansiedler würden hier wenig helfen können, der Fiskus aber hat das Aufsichtsrecht und der Reichskanzler kann Kommissare stellen, sogar Bücher und Bestände nachsehen und eine Aufsichtsratssitzung mit von ihm bestimmter Tagesordnung berufen. Der Fiskus habe also große Rechte. Uebrigens stand man bei Einrichtung der Regie vor einem Experiment, deshalb habe man den Vertrag nur auf ein Jahr gemacht, was ein Risiko für die Gesellschaft bedeute, die große Auslagen habe. Im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen versichert der Staatssekretär, daß er nie Schwierigkeiten bei der Regiegesellschaft finden werde und finden könne. — In der Frage des Abbaurechtes befinde sich der interpellierende Zentrumsredner in einem circulus vitiosus. Es handle sich darum, einen Formfehler wieder gut zu machen, dafür könne man nicht Entgelt einfordern. Um Treu und Glauben zu halten, müssen Sonderrechte in diesem Falle gegeben werden. Wie er sich in dieser Sache im einzelnen stellen werde, könne er jetzt nicht sagen. Er verweise auf das Verhalten der Gesellschaft gegenüber den Gemeinden, die sie glänzend ausgestattet habe.

Daß in Südwest keine Aktiengesellschaften entständen, liege nicht an dem Mangel an Notaren, sondern, um größere Bewegungsfreiheit zu haben, gründe man G. m. b. H. Uebrigens seien jetzt drei Rechtsanwälte da. Notariate können nicht ohne weiteres vergeben werden. Den Zentrumsantrag halte er für unzweckmäßig. Durch den beantragten Vermerk werde das Verordnungsrecht des Kaisers beseitigt. Geheimnisse gäbe es nicht, er unterstelle alles der Kritik des Reichstages; aber sich vorher die Hände bei so schwankenden Verhältnissen binden zu lassen, halte er für nicht glücklich.

In der Diskussion tadelte der nationalliberale Redner das Vorgehen der Ansiedler in den Versammlungen und telegraphischen Aeußerungen. Er glaubt, daß die Sperre für die Kolonialgesellschaft zu früh ausgesprochen sei. Man solle doch die Ansiedler persönlich mehr teilnehmen lassen. In der Pomona-Sache solle man nicht außerhalb des Rechtsweges vorgehen, das würde immer Mißstimmung geben. Die Ansiedler hätten zu Anfang in Deutschland nicht die nötige kapitalistische Unterstützung gefunden, da sei die Hilfenachsuchung im Auslande verständlich. An anderer Stelle ließe sich der Zentrumsantrag vielleicht unterstützen.

Weitere vertrauliche Erklärungen des Staatssekretärs veranlassen den Antragsteller aus dem Zentrum den Antrag zurückzuziehen.

Von nationalliberaler Seite wird die Anregung gegeben, eine Minenkammer zu bilden, oder einen Schürfer in den Regieausschuß zu berufen, da dies zur Beruhigung beitragen würde. Der Staatssekretär will diese Anregung erwägen. Deutsches Kapital sei vielfach in England investiert, also dürfe man auch die Beteiligung fremden Kapitals in deutschen Gebieten an sich nicht verbinden.

Zum Schluß der Besprechung stellt der Berichterstatter die allgemeine Anerkennung der Kolonialpolitik des Herrn Dernburg fest und beantragt Genehmigung der südwestafrikanischen Einnahmeposten. Der Korreferent schlägt vor, über die Lüderitzbuchter Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, „um nicht schärfer zu werden". Die Budgetkommission beschließt dies einstimmig.

Staatssekretär Dernburg meldet einen Antrag an, wonach die Einnahme noch um 1,8 Millionen Mark erhöht werden soll. Diese Mehrsumme werde dann für den Bahnbau mehr einzusetzen sein. Die Formulierung soll durch den Berichterstatter mit dem Staatssekretär vereinbart werden.

Nächste Sitzung: Dienstag.

* Wahlversammlungen.

Im Wahlkreise Gummersbach-Mülheim-Wipperfürth wurden am gestrigen Sonntag zahlreiche Wahlversammlungen abgehalten. Zentrumsversammlungen fanden in Gummersbach, Engelskirchen und Lindlar statt. Die Sozialdemokraten hatten zu Versammlungen in Brück, Oberderschlag, Hand bei Dellbrück, Grunwald, Höhenberg und Schnellweide eingeladen. Allgemeine öffentliche liberale Versammlungen wurden in Strombach, Dümmlinghausen, Marienberghausen, Wipperfürth, Bensberg, Flittard und Dünnwald veranstaltet. In den drei letztgenannten Orten sprach der Reichstagskandidat Herr Rechtsanwalt Falk-Köln, der am Samstag seine politischen Anschauungen in Dellbrück entwickelt hatte.

Bei der Berichterstattung über die glänzend verlaufene Versammlung in Hülsenbusch vom 9. d. M. sind die Ausführungen unseres Reichstagskandidaten Falk nicht in allen Teilen dem Wortlaute nach wiedergegeben. Das ist schon deshalb technisch unmöglich, weil Herr Falk seiner Gewohnheit gemäß ohne Concept gesprochen hat. Infolgedessen haben sich in den Bericht an einzelnen Stellen Wendungen eingeschoben, die zu Mißdeutungen Anlaß geben könnten und die wir gerne richtig stellen. Zunächst hat Herr Falk nicht gesagt, daß die Löhne der gelernten Arbeiter ihnen gestatten, einen Unterhalt zu führen, „wie er für diese Familien durchaus angemessen und angebracht ist", sondern erklärt, daß dieser Unterhalt angemessener sei, wie früher. Sodann hat Herr Falk weder von Aufwiegelung der Arbeiter durch sozialdemokratische Hetzer gesprochen noch auch Ausdrücke gebraucht, die dem Sinne nach so zu verstehen gewesen wären; er hat wohl davon gesprochen, daß nicht alle Streiks sich als gerechtfertigt erwiesen hätten, daß die Geschichte auch Streiks kenne, die ohne genügend gerechtfertigten Grund ins Leben gerufen seien und infolgedessen Not und Elend über viele Familien gebracht hätten.

Rheinland-Westfalen.

V Gummersbach, 17. Jan. Das Königl. Schöffengericht beschäftigte sich am 12. Januar unter anderem mit folgenden Straffachen: Der Schneider Robert G. von Elberfeld kam, als er in Rinderoth Stellung hatte, spät nach Hause, lärmte und betrug sich auch sonst ungehörig. Er wurde zu sechs Tagen Haft verurteilt. — Durch Zertrümmern von Fensterscheiben an der Wohnung des Rentners M. in Windhagen zog sich der Drechsler Ludwig H. von hier eine Anklage zu. Das Gericht setzte 5 Mark Geldbuße fest, sprach hingegen den Mitangeklagten Emil H. aus Windhagen frei. — Der Bauhilfsarbeiter Otto W. zu Derschlag war früher Schäfer. Im Frühjahr vorigen Jahres eignete er sich ein Schaf, von der ihm anvertrauten Herde an und brachte es in seine elterliche Behausung. Wegen dieser Unterschlagung kam er, in Ansehung seines jugendlichen Alters mit einem Verweise davon. Sein Vater, den man der Hehlerei beschuldigte, erzielte Freisprechung. — Auf der Durchreise kehrte der Fuhrmann Peter Schr. aus Unkendorf im Hotel Theis zu Dierlinghausen ein und stahl dort verschiedene Garderobestücke. Strafe eine Woche Gefängnis. — Verschiedene Leute aus Becke, die am Hozeitsabend eines Freundes „gepoltert" hatten, kamen ohne Strafe davon. Ebenso sprach das Gericht den Schuhmacher Heinrich Sch. aus Dolshagen frei, der sich wegen Beleidigung eines Kindes zu verantworten hatte, aber nach ärztlichem Gutachten geistig nicht intakt ist.

oe Gummersbach, 17. Jan. Am Sonnabend, dem 15. Januar, fand ein Lichtbild-Vortrag der „Lesegesellschaft Gummersbach" im Saale des Hotel Thiel statt. Der umsichtigen Leitung des Vereins war es gelungen, Herrn P. Cronau zu verpflichten. Herr Cronau sprach über die „Wunderländer der neuen Welt" und beschrieb eine Fahrt durch den wirklich in der Welt einzig dastehenden Yellostone-Park. Durch den von der amerikanischen Regierung gefaßten Beschluß ist das Gebiet des Parkes (ca. die Größe vom Königreich Sachsen) jeglicher Besiedelung entzogen, um dadurch unverändert zu bleiben. Herr Cronau fuhr mit uns an den heißen Geysirs vorbei, die ihre gewaltigen Wassermassen in hohen Säulen zum Himmel emporschleudern, wobei bei Seen, aus kalkigen Niederschlägen des Wassers entstandenen Becken, die in den zauberhaften Farben leuchten, und deren geheimnisvoll auftretenden Dampfschleier diesen Farbenglanz wiederspiegeln. Wir folgten dann dem Lauf des Yellostone Flusses und kamen vorbei an gähnenden Schluchten, zerklüfteten Abgründen, riesigen Felsmassen und himmelhoch ragenden Bergen. Wir folgten einem schmalen Indianerpfad und sahen mit staunenden Augen die ehemaligen Schlupfwinkel der alten Rothäute. Auch hier die ans Wunderbare grenzenden Farbengemälde. Sämtliche Farben in allen Nuancen, sind hier zusammengemischt: große Klippen ganz aus schwarzem Naturglas, Berge aus grellem Schwefel, gelbe, weiße, orange gefärbte hohe Schluchtwände, auf denen Streifen blutigroten Eisenoxyds bis in die grausige Tiefe verläuft. Wir folgen dem Fluß weiter und kommen endlich zum Yellestone-See, dem Ziel unserer Wanderung. Zahlreiche erloschene Krater zeugen dafür, daß auch hier nicht immer die friedliche Stille herrschte, die jetzt den großen See und seine Umgebung auszeichnet. Der zweite nicht minder interessante Teil des Vortrags führte uns nach Kalifornien. In fesselnder Weise zeigte uns Herr Cronau die phantastischen Formen des Sierra Nevada mit den auf schwindelnden Höhen führenden Pfaden und den bizarren Formen der himmelanstrebenden Felsen. Von großem Interesse war auch der Spiegelsee, in dessen von keinem Windhauch getrübten Fluten die ganze Umgebung sich auf das getreueste wiederspiegelte. Herr Cronau schloß seinen reichhaltigen Vortrag unter lebhaftem Beifall des vollbesetzten Saales. Der Vorstand des Vereins dankte ihm im Namen aller Mitglieder. — Wir danken es der „Lesegesellschaft" daß sie uns diesen lehrreichen und interessanten Vortrag bot, freuen uns über den Erfolg und wünschen nur, daß sie uns noch oft so genußreiche Abende verschafft.

V Gummersbach, 17. Jan. Wir machen auf den im Inseratenteile ausgeschriebenen Bau des projektierten Weges unterhalb der Hermannsburg nach den neuen Schützengrundstücken aufmerksam. Wie wir erfahren, soll die Straße kunstgerecht ausgebaut werden mit einer befestigten Fußbahn von 5 Metern und einer Gesamt-Kronenbreite von 6½ Metern; auch ist die Fahrbahn mit einer Dampfwalze gut einzuwalzen, so daß der Weg für schweres Lastfuhrwerk passierbar wird. Angebote sind bis zum 25. d. M., Mittags 12 Uhr, der Schützenbaugesellschaft zu Händen ihres Vorstandsmitgliedes Herrn Robert Blume einzureichen. Das Wege-Projekt ist durch den vereidigten Geometer und Kultur-Ingenieur Herrn Scheidt ausgearbeitet worden, die Bauleitung wird Herr Kreisbaumeister Effern übernehmen.

* Gummersbach, 17. Jan. Heute Abend findet in der Aula der Oberrealschule ein Vortrag statt. Herr Professor Bonk wird über Maria Stuart, Königin von Schottland, sprechen. Wir möchten nicht verfehlen, auf diesen Vortrag hinzuweisen.

= Wallefeld, 17. Jan. Der hiesige Kriegerverein hielt am letzten Sonntag seine erste diesjährige Generalversammlung im Schwagerschen Lokale hierselbst ab. Der erste Vorsitzende eröffnete dieselbe gegen 6 Uhr, begrüßte die Anwesenden, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Tod im verflossenen Jahr keine Ernte in den Reihen des Vereins gehalten habe und wünschte dies auch für das kommende Jahr; zum Schluß ermahnte er zu treuem Zusammenhalten. — Der Kassierer legte die Jahresrechnung vor, die ergab, daß sich die Kassenverhältnisse des Vereins gebessert haben und dieser einer finanziellen Gesundung entgegengehe. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. — Die nunmehr vorgenommene Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Heinrich Oesinghaus-Wahlscheid, Stellvertreter Rudolf Schwager-Wallefeld; 1. Schriftführer Carl Bickenbach-Wallefeld, Stellvertreter Fritz Bickenbach-Gosse; 1. Kassierer Fritz Wilke-Thal, Stellvertreter C. Pfeiffer-Wallefeld; Rendant Carl Birkstinghaus-Remerscheid. Als Fahnenträger wurde gewählt: Carl Meyer-Thal, als Begleiter Otto Keller und Aug. Meyr, beide aus Remerscheid. Nach der Einnahme der Quartalsgelder verhandelte man über die Frage der Beitragserhöhung. Man entschied sich gegen dieselbe, im Falle der Not soll ein außerordentlicher Beitrag von 1 Mark erhoben werden. Hinsichtlich der Feier des 25jährigen Bestehens des Vereins wurde Beschluß gefaßt, dessen Einzelheiten später veröffentlicht werden sollen. Dieses Fest findet voraussichtlich im Juli d. J. statt. — Ein Mitglied wurde neu aufgenommen.

§ Ründeroth, 17. Jan. Am letzten Sonntag fand im Karthaus'schen Saale hierselbst eine gemeinsame Generalversammlung der Männer-Gesang-Vereine der Firmen Ed. Dörrenberg-Söhne und Gustav Jaeger-Ründeroth statt, die als einzigen Gegenstand die Besprechung eines gemeinsam zu veranstaltenden Wohltätigkeitskonzertes auf der Tagesordnung stehen hatte. Schon im vorigen Herbst hatten die Vorstände beider Vereine diese Frage näher erörtert, und ihre Vorschläge wurden von der Generalversammlung in den wesentlichsten Punkten zu Beschlüssen erhoben. Das Konzert soll am 13. cr. im Vereinslokale stattfinden und um 5 Uhr anfangen. Außer Männerchören sollen Solovorträge für Klavier, Violine usw. geboten werden. Ein Prolog soll das Konzert einleiten. Das Nähere des Programms entscheidet eine gewählte Musikkommission, der Reinertrag soll dem hiesigen Krankenhause überwiesen werden; über die Art der Verwertung beschließt die Rechnungskommission. Eine besonders bestimmte Festkommission regelt die äußeren Angelegenheiten. Der Kassenpreis der Eintrittskarten beträgt 0,75 Mk., im Vorverkauf kosten dieselben 0,60 Mark. Herr Ingenieur Fritz Dörrenberg, der die Versammlung als Vorsitzender des Festvorstandes leitete, schloß dieselbe mit dem Wunsche, daß das geplante Unternehmen in allen Teilen wohl gelingen möchte. — Einer irrigen Meinung sei hier begegnet, die da glaubt, das Krankenhaus sei nicht unterstützungsbedürftig, die Aktionäre verteilten sogar noch ganz respektable Dividende, auf das gerade Gegenteil beider erwähnter Auffassungen sei an dieser Stelle im Interesse des Konzertes und seines finanziellen Erfolges nachdrücklichst hingewiesen.

* Lennep, 17. Jan. Höhern Orts ist beabsichtigt, die Steuerbureaus des Kreises Lennep und des Landkreises Solingen zu vereinigen und nach Solingen zu verlegen. Wenn diese Absicht ausgeführt werden sollte, würden die Steuerpflichtigen unseren Stadt und des Kreises in Zukunft genötigt sein, in allen Steuerangelegenheiten, die ein persönliches Erscheinen notwendig machen, sich nach Solingen zu wenden.

* Hagen, 17. Jan. Der Hagener Verkehrsverein beschloß die Einrichtung eines Verkehrsbureaus in der nähe des Hauptbahnhofes, ferner die Einrichtung des Droschkenverkehrs durch eine Gesellschaft für Automobildroschkenwesen.

* Hagen, 17. Jan. Aus Liebe zu ihrem „Schatz" stahl ein Dienstmädchen in Wehringhausen aus dem Weinkeller ihrer Herrschaft mehrere Flaschen Wein und feierte mit ihrem Galan Sylvester. Man fühlte sich zu zweien vollständig als Herren der Situation, da die Herrschaft verreist war. Am andern Morgen kam dann bei dem Dienstmädchen die moralische Katzenjammer und die Furcht vor der Entdeckung des Diebstahls. Das Mädchen inszenierte nun einen Einbruch, um den Verdacht von sich abzulenken. Sie entwendete Wäschestücke, durchwühlte Schränke und zerschnitt und zerstörte, was sie nicht mitnehmen konnte. Die Polizei ließ sich aber von dem Mädchen nicht lange täuschen und sagte ihm ohne weiteres die Tat zu, als sie die „gestohlene" Wäsche aus einem Versteck herauszog. Nun half kein Leugnen mehr und unter Tränen wurde die leichtsinnige Tat eingestanden.

(!) Hohenlimburg, 17. Jan. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich Samstag Morgen früh zwischen hier und Letmathe. Im Bahnhof Letmathe sollte aus einem Güterzuge ein Wagen ausgestoßen werden, als sich plötzlich aus irgend einem Grunde die Kuppelung löste und 22 Güterwagen auf abschüssiger Bahn gen Hohenlimburg fuhren. Um die gleiche Zeit, als die führerlosen Güterwagen die Strecke befuhren, wurde hier ein Güterzug abgelassen, welcher den 22 Wagen entgegenfuhr. Ein Blockwärter erkannte die Gefahr und gab dem Führer des Güterzuges Warnungssignale, infolgedessen dieser Zug zum Stehen gebracht wurde, jedoch konnte ein Zusammenstoß nicht verhindert werden. Mit voller Wucht rannten die 22 Wagen auf den haltenden Güterzug, wobei 11 Wagen vollständig zertrümmert und die Maschine aus dem Gleise gehoben wurde. Ein riesiges Durcheinander bezeichnet die Unglücksstelle. Der Materialschaden ist bedeutend, Menschenleben sind erfreulicher Weise nicht zu beklagen. Die Züge verkehren mit bedeutenden Verspätungen.

* Elberfeld, 17. Jan. Eine anarchistische Konferenz für Rheinland und Westfalen findet am 23. Januar in Elberfeld statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Unsere Stellung zu den anderen proletarischen Organisationen; syndikalistische Jugend, Freidenker-Bewegung und sozialistischer Bund.

* Solingen, 17. Jan. Einen glänzenden Verlauf nahm die erste öffentliche Versammlung des Hansabundes, die hier im Koffersaal abgehalten wurde. Aus den Kreisen der Industrie, des Kleingewerbes und des Handels hatte sich eine stattliche Zuhörerschaft eingefunden, die einen Vortrag über Zwecke und Ziele des Hansabundes von Herrn Emil Brandt aus Berlin mit lebhaftem Interesse entgegennahm. An den Vortrag knüpfte sich eine rege Aussprache, in der Vertreter des Detailhandels, Handwerker, Werkmeister, Privatbeamte und Fabrikanten ihre Sympathie für den Hansabund bekundeten und ihre Berufsangehörigen zur Mitgliedschaft aufforderten. Zum Schluß wurden zahlreiche Beitrittserklärungen abgegeben.

* Köln, 17. Jan. Gegen 6 Uhr bemerkte ein Hafenarbeiter am Hafen, gegenüber der Mechtildisstraße, einen 14 Jahre alten Knaben aus der Humboldtstraße mit durchnäßten Kleidern und mit verbundenem Munde die Werfttreppe heraufkommen. Mehrere Hafenangestellte brachten den Knaben sofort in das geheizte Werftmeisterzimmer der neuen Werfthalle und verständigten die Polizei. Dieser gab der Junge an, er sei mißhandelt und in den Rhein geworfen worden. Er habe gegen drei Uhr in der Hühnsgasse mit mehreren Knaben gespielt. Es wäre dann ein gut gekleideter junger Mann an ihn herangetreten und habe ihn gebeten, einen Brief in ein Restaurant am Königsplatz zu bringen. Er habe den Auftrag ausgeführt und den Brief dem ihm beschriebenen Manne in jenem Lokal übergeben. Dieser Mann sei ihm sofort gefolgt und habe ihn vor der Tür des Lokals derart auf den Kopf geschlagen, daß er bewußtlos umgesunken sei. Was dann mit ihm geschehen sei, wisse er nicht. Er nimmt an, daß ihn die beiden Männer in den Hafen geworfen haben, aus dem er sich als er die Besinnung wiedererlangt, durch Schwimmen selbst ans Ufer gerettet habe. Es handelt sich um einen sehr geweckten Knaben, der eine höhere Schule besucht und der Sohn angesehener Eltern ist. Nachdem man ihm andere Kleider herbeigeschafft hatte, wurde er nach der elterlichen Wohnung gebracht. Ob diese Schilderung des Knaben den Tatsachen entspricht, wird hoffentlich die eingeleitete Untersuchung ergeben.

* Honnef, 17. Jan. Auf Antrag von sieben Stadtverordneten hatte der Bürgermeister eine Sitzung einberufen, in der endgültig darüber beschlossen werden sollte, welche Projekte für den Brückenbau Honnef-Grafenwerth der Regierung und dem Ministerium zur Genehmigung vorgelegt werden sollten. Der Sit-

---

nehmen. Dort erst erwartete man die eigentliche „Blüte" von Veladuz. So sehr das neue Hotel auf der Höhe gefiel, so wenig man an seinem Erfolge zweifelte — es wurde doch bald die Parole ausgegeben, daß, täglich den Weg hinauf und hinunter zu machen, nicht bequem sei. Freilich, die Aussicht, die Aussicht — aber man wollte sich erholen. Frau Kommerzienrat Oppenheimer legte nur Wert darauf, sich von der schönen Existenz der Berge zu überzeugen, im Schaukelstuhl zuweilen von dem Roman in der „Woche" aufzublicken, hinaus zu blinzeln auf die 4000 Meter-Höhe und dann befriedigt in ihrer Lektüre fort zu fahren. Auch ihre Tochter, Frau Konsul Remond, liebte die silberweiße, ferne, heilige Gletscherhöhe nur als kleidsamen Hintergrund für ihre schlanke Gestalt im dunklen Sammetgewand. Sie rückte ihren Schaukelstuhl täglich an das Bestibülfenster, in dessen Rahmen der Marolagletscher „wie ein Oelgemälde" zu sehen war.

(Fortsetzung folgt.)

ung wohnten Strombauinspektor Degener (Köln) bei. Ersterer sprach sich über das Projekt einer versteiften Hängebrücke aus, letzterer hielt eine Brücke ohne Ueberbau vom ästhetischen Standpunkte aus für die beste Lösung, die auch vom Provinzialkonservator befürwortet werde. Die Stadtverordneten beschlossen, von beiden Arten den zuständigen Behörden je ein Projekt zur Genehmigung zu unterbreiten.

* Dillenburg, 17. Jan. Auf dem Wege von hier nach Sechshelden leitete der elfjährige Adolf Schnautz aus Sechshelden das Pferd eines mit Alteisen beladenen Wagens neben dem Fuhrwerk gehend am Zügel, als plötzlich das Pferd scheute, sich in die Höhe bäumte und den Knaben zu Fall brachte. Das Fuhrwerk ging über ihn hinweg. Hierbei erlitt der Knabe so schwere innere Verletzungen, daß er bald unter großen Qualen starb.

* Essen, 17. Jan. Die Stadtverordneten haben nach stundenlanger Erörterung den Antrag einer Anzahl von Stadtverordneten, den frühern Beschluß auf Schaffung einer Parallelstraße zur Kettwiger Straße vorzunehmen, mit 32 gegen 17 Stimmen abgelehnt. In geheimer Sitzung erklärten sich die Stadtverordneten mit der Pensionierung des Beigeordneten Werth zum 1. April 1910 einverstanden. Die Wahl eines neuen Beigeordneten ist vertagt worden.

* Gelsenkirchen, 17. Jan. Das vierjährige Töchterchen der Eheleute Emil Stattrop aus der Bochumerstraße fiel beim Spielen in der Küche in eine mit kochendem Wasser gefüllte Schüssel, wodurch es so schwere Brandwunden davontrug, daß es kurz darauf starb.

* Gelsenkirchen, 17. Jan. Den Bemühungen der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, die Täter der Bulmker Mordangelegenheit, die nun über ein halbes Jahr zurückliegt, festzustellen. In Betracht kommen die drei Leute, die sich in Haft befinden: der Arbeiter Gala, der Bergwerksinvalide Schitzik und der Erdarbeiter Gorecki. Ein Ehepaar aus Wanne wurde als der Mittäterschaft dringend verdächtig, gleichfalls verhaftet. Die Verhafteten haben schon ein Geständnis abgelegt. Der Hauptschuldige scheint Gala zu sein, der später die Kleidungsstücke des ermordeten Arbeiters Leber, dessen Kopf immer noch nicht gefunden wurde, getragen und auch zugegeben hat, den Kopf abgeschnitten zu haben.

* Gevelsberg, 17. Jan. Die Errichtung einer Gasanstalt für den Stadtbezirk Gevelsberg dürfte wohl nicht mehr in allzuweiter Ferne liegen. Wie es heißt, hat die zur Prüfung der Rentabilität seitens der Stadtverwaltung an die Hausbesitzer erlassene Rundfrage ein derartig günstiges Resultat ergeben, daß der Verwirklichung des Projekts näher getreten werden kann. Es sollen deshalb die Beratungen in den Kommissionssitzungen fortgesetzt werden.

* Münster, 17. Jan. Ein bedeutender literarischer Fund ist hier von Archivrat Merx gemacht worden. Dieser entdeckte beim Reinigen des Umschlags einer alten Rechnung des 16. Jahrhunderts im Staatsarchiv ein Pergament aus einer Sammlung von Minneliedern, welches die Texte zu drei Liedern Walthers von der Vogelweide und das Fragment eines Liedes eines anderen Minnesängers enthielt. Das Manuskript stammt aus der Mitte des 14. Jahrhunderts. Zu den Liedern Walthers von der Vogelweide sind auch die Noten vollständig geschrieben mit erhalten, ein Fall, der einzig dasteht.

Kunst und Wissenschaft.

Spielplan der Kölner Theater.

Opernhaus. Montag: Keine Vorstellung. Dienstag: Waffenschmied von Worms. Mittwoch: Der alte Aar; Alessandro Stradella. Donerstag: Odysseus Heimkehr. Freitag: Tristan und Isolde. (Gastspiel Edith Walker.) Samstag: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag: Rienzi. Montag: Die Fledermaus. — Schauspielhaus. Montag: Der dunkle Punkt. Dienstag: Volksfeind. Mittwoch: Agnes Bernauer. Donnerstag: Onkel Bräsig. (Gastspiel August Junkermann.) Freitag: Der Bibliothekar. Samstag: Vertauschte Seelen. Sonntag 3 Uhr: Froschkönig; Ein deutsches Weihnachtsspiel; 7½ Uhr: Der Arzt am Scheideweg. Montag: Keine Vorstellung.

Vermischtes.

— **Kleine Nachrichten.** Der 92jährige Geheimrat Seyberth, der 50 Jahre lang Landrat des Kreises Biedenkopf war, ist gestorben. — Der Pfarrer Budde in Landau (Waldeck) erschoß sich, nachdem ihm der Postbote einen Brief des Konsistoriums überbracht hatte. Budde solle sich dienstlicher Vergehen schuldig gemacht haben. — Für literarische Zwecke hat eine ungenannte Persönlichkeit in Budapest 1½ Millionen Kronen gestiftet, aus deren Zinsen fremden und einheimischen Tondichtern Preise von 20- bis 30 000 Kronen verliehen werden sollen. — Bei Geschützübungen in Delhi in Britisch-Indien sind ein Offizier und ein Kanonier durch eine Granate getötet und drei schwer verletzt worden. — Für Wohlfahrtszwecke haben die Erben der Witwe Adolf v. Brüning in Höchst a. M. 200 000 Mark gestiftet. — Eine bündige Auskunft hat ein Theaterdirektor über einen Schauspieler einem anderen Bühnenleiter erteilt: „Lieber Herr Kollege! Mein verflossener erster Held spielte Lear, Hamlet, Romeo, Faust und Billard, das letzte am besten. Mit herzlichem Gruß Ihr . . ." — Ein Bäuerlein wollte auf dem Bezirksamt in Kulmbach eine neue Jagdkarte lösen. Wo haben sie ihre alte? fragte der Beamte. Im Wirtshaus. So holen Sie sie halt! Kurz darauf brachte der Schlaue seine — Frau.

Drahtnachrichten.

(Privattelegramme der Gummersbacher Zeitung.)

Vom Kaiserhofe.

Berlin, 17. Jan. Der Kaiser besuchte Samstag morgen den Staatssekretär des Auswärtigen Amts Freiherrn v. Schoen. Mittags empfing er den Großfürsten Michael Michailowitsch von Rußland zur Rückgabe der Orden des verstorbenen Großfürsten Michael Nikolajewitsch. Der Großfürst war zur Frühstückstafel geladen. — Der Kaiser hörte am Samstag nachmittag einen Vortrag des Südpolarforschers Shackleton. — Der Oberzeremonienmeister Graf A. zu Eulenburg läßt folgende Hofansage ergehen, nach der Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, beim Kaiserpaar im Rittersaale des königlichen Schlosses Defiliercour des diplomatischen Korps, aller inländischen Damen und aller Herren vom Zivil stattfindet.

Kaiserlicher Automobilklub.

Berlin, 17. Jan. Unter starker Beteiligung von Mitgliedern und Gästen aus dem ganzen Deutschen Reich feierte am Samstag abend der Kaiserliche Automobilklub im Etablissement „Rheingold" hierselbst das Fest seines zehnjährigen Bestehens durch ein Bankett, das einen großartigen Verlauf nahm. Der gewaltige Saal vermochte kaum die Zahl der Erschienenen zu fassen. Etwa 500 Herren waren anwesend, darunter viele Prinzen, Herzöge und Fürsten, hohe Offiziere des Heeres und der Marine, Größen der Wissenschaft und Kunst, bekannte Vertreter der Industrie, die Spitzen der Hochfinanz usw. — Prinz Heinrich, der als Vertreter seines kaiserlichen Bruders erschienen war, überbrachte dessen Glückwünsche, begrüßte die Vertreter fremder Nationen, von denen der französische durch ein falsches Telegramm verhindert war. Weiter feierte er den Automobilklub und brachte schließlich auf den Kaiser als den Förderer des Automobilsports ein mit Begeisterung aufgenommenes Hoch aus. Der Herzog von Ratibor als Präsident des Klubs hielt die Festrede und schilderte die Entwicklung des Automobilklubs. Bei weiteren Ansprachen und erlesenen Tafelgenüssen nahm das Mahl einen fröhlichen Verlauf. Ein zwangloses Beisammensein bei Kaffee und Bier schloß sich an.

Zur linksliberalen Einigung.

Berlin, 17. Jan. Der Zentralausschuß der freisinnigen Volkspartei hat gestern im Reichstagsgebäude seine Beratungen über die Frage der Einigung der linksliberalen Parteien fortgesetzt. Nach längeren Beratungen hat er die Frage nach einstimmiger Annahme einer Resolution von Wiemer-Müller-Meiningen für den Zusammenschluß dieser Parteien bejaht. Der Parteitag der freisinnigen Volkspartei soll am 5. März dieses Jahres und der konstituierende Parteitag der neuen Partei am 6. März stattfinden.

Sozialdemokratischer Verbandstag.

Düsseldorf, 17. Jan. Gestern wurde ein außerordentlicher Delegiertentag des sozialdemokratischen Verbandes für Westdeutschland abgehalten, der stark besucht war. Nach einem Referat des Genossen Cohn-Dortmund über das neue Programm der liberalen Parteien kam in lebhafter Debatte zum Ausdruck, daß es für jeden demokratisch denkenden Mann unannehmbar sei. Zum ersten Vorsitzenden wurde Dr. Pohlschröder-Köln, zum zweiten Cohn-Dortmund gewählt.

Erstickt und verbrannt.

Dortmund, 17. Jan. Gestern Morgen gegen 8 Uhr bemerkte ein Bewohner des Hauses Märkische Straße 141 verdächtigen Rauch. Er fand, daß in dem verschlossenen Zimmer des 71jährigen Kaufmanns Schmidt Feuer ausgebrochen war. Als man die Tür mit Gewalt öffnete, bot sich den Eintretenden ein schrecklicher Anblick dar. Das Zimmer war zum Teil ausgebrannt. Auf dem Fußboden lag tot und am ganzen Körper mit Brandwunden bedeckt: Schmidt. Wie das Feuer entstanden ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Landtagsabgeordneter Lorentz †.

Bielefeld, 17. Jan. Der Landtagsabgeordnete Lorentz ist in der Nacht zum Samstag in San Remo gestorben. Er gehörte der freisinnigen Volkspartei an und vertrat den Wahlkreis Minden 2.

Petitionierende Zündholzarbeiter.

Berlin, 17. Jan. 156 Arbeiter und Arbeiterinnen einer Zündwarenfabrik in Melle haben sich in einer Eingabe an den Reichskanzler gewandt mit der Bitte, für die Arbeiterschaft der Zündholzfabriken Deutschlands ebenfalls eine Entschädigungssumme für nachweisbar eingebüßten Lohn auszusetzen, wie es bei den Tabakarbeitern der Fall gewesen ist. Die Petenten glauben nachweisen zu können, daß bei ihnen die Not zum Teil noch größer sei, als bei den Tabakarbeitern. Sie schätzen die Einbuße der gesamten Arbeiterschaft in den Zündholzfabriken Deutschlands bis Ende Dezember bereits auf eine viertel Million Mark und glauben, das insgesamt ein Ausfall von 2 Millionen Mark zu verzeichnen sein werde.

Geständiger Mörder.

Beuthen, 17. Jan. Vor 6 Jahren wurde im Walde von Brzezkowitz der Förster Siegmund bei einem Zusammenstoß mit Wilderern erschossen. Unter dem Verdacht der Täterschaft ist bald darauf der Ziegeleiarbeiter Urbanek verhaftet worden. Er mußte aber entlassen werden, da man ihm die Täterschaft nicht nachweisen konnte. Jetzt hat Urbanek, von Gewissensbissen geklagt, selbst Anzeige erstattet, daß er den Förster erschossen habe. Er wurde wieder verhaftet.

Explosionskatastrophe.

Nürnberg, 17. Jan. In Kadolsburg hat sich eine schwere Explosionskatastrophe ereignet. Die 15jährige Dienstmagd des Bürgermeisters Brandstetter betrat mit einem Licht den Keller. Infolge Unvorsichtigkeit des Mädchens entzündete sich eine Menge Benzin. Im Nu stand die Bedauernswerte in Flammen. Auf ihr Geschrei eilte die Frau des Bürgermeisters zu Hilfe, wurde aber ebenfalls von den Flammen erfaßt. Beide erlitten so schwere Brandwunden, daß sie bald darauf starben. Der Bürgermeister Brandstetter, der zufällig dazukam, wurde ebenfalls schwer verletzt.

Wieder flott.

London, 17. Jan. Der am letzten Freitag bei dem Schneesturm auf der Höhe von Allinge auf Bornholm gestrandete deutsche Regierungsdampfer „Usedom" aus Swinemünde ist abgeschleppt und unter großer Mühe in den Hafen von Allinge eingebracht worden.

Die englischen Wahlen.

London, 17. Jan. Bisher sind 11 Unionisten, 3 Liberale, 1 Kandidat der Arbeiterpartei und 5 Nationalisten gewählt. Die Liberalen gewinnen einen Sitz in Manchester-Nordwest. In Penrith ist Lowther (Unionist), der Sprecher des Unterhauses, wiedergewählt worden. Nach einer Wahlrede in Grimsby wurde Lloyd George, als er den Saal verließ, von der draußen versammelten Menge feindlich empfangen, so daß er aus dem Saal durch eine Hintertür über die Eisenbahngleiche hinweg in das Gebäude einer Feuerwache flüchten mußte.

Wetter-Aussichten.

20. Januar 1910: Bewölkt, Niederschläge, windig, Frost.
21.: Feucht, Niederschläge, um Null herum, windig.
22.: Bewölkt, maßkalt, teils heiter.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Langeheine, für den Anzeigenteil: Ernst Hinderstin, beide in Gummersbach.

Richard Woeste
Elfriede Woeste
geb. Ising
Vermählte
Gummersbach, den 17. Januar 1910.

Wegebau.

Der Ausbau des projektierten Weges unterhalb der Hermannsburg nach den neuen Schützengrundstücken in einer Länge von 884 Metern wird hiermit zum Verding ausgeschrieben. Angebote auf Uebernahme dieses Wegebaues sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum 25. d. M., Mittags 12 Uhr, zu Händen unseres Vorstandsmitgliedes Herrn Robert Blume hier einzureichen, zu welchem Zeitpunkte diese in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter geöffnet werden. Die Bedingungen sind an gleicher Stelle zu Mark 2.— erhältlich.

Gummersbach, den 17. Januar 1910.

Gummersbacher Schützenbaugesellschaft e. G. m. b. H.

Einladung zur Sitzung d. Gemeindevertretung

auf Freitag, den 21. Januar cr., nachmittags 2½ Uhr, im Sitzungssaale des Bürgermeisteramts.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Abrechnung über den Steigerturm-Ausbau in Kotthausen.
3. Niederschlagung von Gemeindesteuern.
4. Etatsüberschreitungen.
5. Beschlußfassung über einige Bestimmungen des neuen Lehrerbesoldungsgesetzes.
6. Erhöhung des Zinsfußes für Spareinlagen bei der Gemeindesparkasse.
7. Aufnahme einer Anleihe.
8. a) Festsetzung des Haushaltsplanes und b) Festsetzung der Umlage für 1910.
9. Verschiedenes.

Marienheide, den 15. Jan. 1910.

Der Bürgermeister: Grothe.

Bekanntmachung.

Der Haushaltsplan der Gemeinde Drabenderhöhe für 1910 liegt gemäß den Vorschriften im § 80 der Gemeindeordnung vierzehn Tage lang, vom 18. Januar ds. Js. ab, auf dem Bürgermeisteramt zur Einsicht der Gemeindemitglieder und Forensen offen.

Bielstein, den 15. Januar 1910.

Der Bürgermeister: Brindöpke.

Sitzung des Gemeinderates Drabenderhöhe

am Mittwoch, den 19. Januar cr., nachmittags 5¼ Uhr, im Gemeindehause hierselbst.

Tagesordnung:

1. Einführung der neu- bezw. wiedergewählten Gemeindeverordneten.
2. Ergänzungswahl zur Sparkassenvertretung der Vereinigten Sparkasse der Homburgischen Gemeinden zu Wiehl.
3. Entschädigung der Bezirkshebammen bei Teilnahme an Nachkursen.
4. Bildung eines Gesamtschulverbandes Osberghausen.
5. Bildung eines Gesamtschulverbandes Drabenderhöhe.
6. Mitteilungen.

Bielstein, den 15. Januar 1910.

Der Bürgermeister: Brindöpke.

Zur Entgegennahme der Reklamationen auf Zurückstellung oder Befreiung vom Militärdienste, sowie die der Mannschaften des Beurlaubtenstandes auf Zurückstellung im Falle einer Mobilmachung habe ich Termin auf die Zeit vom

31. Januar bis 5. Februar cr., vormittags,

im Rathause angesetzt.

Nur begründete Reklamationen dürfen entgegengenommen werden und müssen namentlich die Steuerzettel, Quittungen über etwa zu zahlende Schuldenzinsen und Notizen über die Namen und die Geburtsdaten sämtlicher Familienglieder vorgelegt werden.

Von allen solchen Angehörigen reklamierter Militärpflichtiger, welche in lohnbringender Beschäftigung stehen, sind Lohnbescheinigungen für das letzte Jahr bei der Reklamation mit vorzulegen.

Bergneustadt, 15. Januar 1910.

Der Bürgermeister: Eigen.

Bekanntmachung.

Zur Aufnahme der Reklamationen für die Militärpflichtigen ist Termin festgesetzt:

Gemeinde Lieberhausen

Freitag, den 28. Januar 1910, von Vormittags 10 Uhr ab, auf dem Bürgermeisteramte hierselbst;

Gemeinde Wiedenest

Samstag, den 29. Januar 1910, von Vormittags 10 Uhr ab, auf dem Bürgermeisteramte hierselbst.

Eltern, welche gesetzliche Gründe für die Zurückstellung bezw. Befreiung ihrer Söhne vom Militärdienste haben, werden aufgefordert, sich an den vorgenannten Terminen einzufinden und dabei ärztliche Atteste, Einsquittungen, Lohnbescheinigungen pp. mit vorzulegen.

Ich mache noch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß auf dem Amtstermine in Wiedenest keine Reklamationen entgegen genommen werden können.

Lieberhausen, den 14. Januar 1910.

Der Bürgermeister: Brockmeier.

Vieh- und Kram-Märkte zu Waldbröl im Jahre 1910.

1.	am Donnerstag,	den 3. Februar
2.	„ „	„ 3. März
3.	„ „	„ 7. April
4.	„ „	„ 12. Mai
5.	„ „	„ 2. Juni
6.	„ „	„ 7. Juli
7.	„ „	„ 4. August
8.	„ „	„ 1. September
9.	„ Dienstag,	„ 11. Oktober
10.	„ Donnerstag,	„ 3. November
11.	„ Dienstag,	„ 6. Dezember.

Waldbröl, den 3. Januar 1910.

Der Bürgermeister: Niepraschk.

Eine seit längeren Jahren gutgehende **Huf- u. Wagenschmiederei** krankheitshalber sofort zu vermieten oder zu verkaufen. Off. u. **O. K. 20** an die Exped. der „Solinger Zeitung".

Holzbearbeitungs-Maschinen, gut erhalten, billig zu verk. Anfr. u. **R. 20** a. d. Exp. d. Z.

Gebrauchter kleiner **Herd** zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unt. „Herd" an die Exp. d. Ztg

Gemeinde-Sparkasse Marienheide. nimmt Einlagen in jeder Höhe auch durch die Post entgegen und verzinst solche zu 3¾ % Sonntags geöffnet von 11½—12½ Uhr vormittags. Anträge auf erststellige Kapitalien erwünscht.

Die Hierorts fallenden **Schweinepreise** ermöglichen es mir, Ia. **Schweinekleinfleisch** (bestehend aus Schnauzen, Ohren, fleischigen Pfoten, Kopfstücken pp.) garantiert inländische, tierärztlich untersuchte Ware in Kübeln von 30 Pfd. an p. Pfd. mit 30 ₰ zu offerieren. Postkoll enthalten d 9 Pfd. ℳ 3,00. Ia. **Eisbein** (Dickbein) vollfleischig p. Pfd. 55 ₰. Alles ab hier per Nachnahme. Garantie: Nichtgefallendes retour.

Alb. Carstens, Altona.

Offerten.

Jedem Brief, jeder Postkarte oder Drucksache,

welche durch die Expedition dieses Blattes dem Aufgeber einer Chiffre-Annonce (G. Z. Nr. . . .) übersandt werden soll, ist der **Betrag von 10 Pfg.** (Gebühren für die Weiterbeförderung) beizufügen. Dazu benutzte Marken wolle man nur leicht befestigen.

Anfrichtig!!! Mittlerer Staatsbeamter (Eink. steig. bis 5000 M.) kath., 25 J. von stattl. Erscheinung, möchte auf diesem Wege mit vermög., geb., ig. Dame bekannt werden, um mit ihr **zwecks späterer Heirat** in Briefwechsel zu treten. Häusl. Sinn u. ansprechendes Aeußere Bedingung. Str. Verschwiegenheit zugesichert. Anonymes zwecklos. Damen, die es wirklich ernst meinen, woll. sich unt. Chiffre **H. W. 280** hauptpostl. Cöln meld.

Geld-Darlehen 5% Ratenrückzahl., gerichtl. nachgewies. reell, Selbstgeber **Diesner,** Berlin 426, Belle-Alliancestr. 76

Die im Handelsregister A 78 eingetragene Firma **Karl Kind** in Ründeroth und die Prokura des **Karl Kind jun.** in Bielstein (Rhld.) sind erloschen.

Gummersbach, den 11. Januar 1910.

Königliches Amtsgericht.

Ein Pony 8 Jahre alt, flotter Gänger, zugfest, sofort zu verkaufen.

Jul. Schulte, Meinerzhagen.

Hühner vorzügl. Leger, Rassegeflügel, Zuchtgeräte u. s. w. Belehrender Catalog gratis. **Geflügelpark I. Auerbach** 315 Hessen

In besserem Haushalt erfahrenes ev. **Mädchen** gegen hohen Lohn gesucht. (Ins Aggertal). Angebote unter **B. V. 130** an die Expedition d. Ztg.

Zuverlässiges, erfahrenes **Mädchen,** welches kochen kann, in kleinen Haushalt zu Petri oder später nach Cöln gesucht. Hoher Lohn, Bäsche außer dem Hause. Offerten an die Exp. ds. Bl. unter **A. L. 20.**

Für ein Kolonialwaren-, Farb- und Drogen-Geschäft wird per bald ein **Lehrmädchen** mit guter Schulbildung nach Hückeswagen gesucht. Offerten unter **B. G. Z. 14** an die Exp. erbeten.

Jüngeres, besseres, evang. Mädchen für herrschaftlichen Haushalt zur Hülfe des vorhandenen, tüchtigen Mädchens sucht

Frau Direktor Kayseler Cöln-Marienburg Ulmen-Allee 106.

Suche zum 1. Februar ein **junges Mädchen** für einige Morgenstunden. Anzufragen Dieringhausen No. 11.

Zwangs-Versteigerung.

Dienstag, den 18. d. Mts., nachmittags 4 Uhr 45 M. werde ich in **Bruchhausen** (Wiedenest)

1. 1 Theke,
2. 1 Tisch,
3. 1 Fleischhackklotz,
4. 1 groß. Wurstkessel

zwangsweise meistbietend gegen bare Zahlung versteigern.

Die Kaufliebhaber werden gebeten, sich um vorgenannte Zeit in der Gastwirtschaft Schmale einzufinden.

Gummersbach, den 16. Januar 1910.

Hampel, Gerichtsvollzieher.

Wohnung von 3 Zimmern an ruhige Familie in Rebbelroth zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Ztg.

Perfekter Selfaktorspinner sucht dauernde Stellung. Offerten unter **R. W. 80** an die Exped. d. Ztg.

Suche auf sofort **4—5 tüchtige Steinschläger** **E. Pickhardt** Dümmlinghausen.

Suche für sofort oder Ostern einen **Schuhmacher-Lehrling** oder **jungen Gehülfen.** **Aug. Tauchmann,** Gummersbach, Brückenstraße 1.

Sohn ordentl. Eltern für sofort od. zu Ostern in die Lehre gesucht. **Conditorei u. Café H. Breuer.** Barmen, Loher-Platz. Näh. Ausk. gibt gern Frau E. Hild, Gummersb., Karlst. 5.

Bekanntmachung.

In der Gemeinde Hanselaer, Kreis Cleve, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Die Seuche ist vermutlich durch russische Futtergerste eingeschleppt worden.

Gummersbach, den 10. Januar 1910.

Der Königl. Landrat,
Fischer.

Bekanntmachung.

Die elektrischen Straßenlaternen brennen bis auf Weiteres:

a) in Derschlag morgens 6—7¼, abends bis 12 Uhr
b) in Dümmlinghausen morgens von 6—7¼, abends bis 11 Uhr.
c) in Niederseßmar abends bis 11,20 Uhr,
d) in Vollmerhausen abends bis 11,30 Uhr,
e) in Rebbelroth abends bis 11,10 Uhr,
f) in Windhagen abends bis 10 Uhr und morgens von 6—7 Uhr.

Gummersbach, den 14. Januar 1910.

Der Bürgermeister:
Dr Barth.

Bekanntmachung.

Am **Montag, den 24. Januar ds. Js.**, ist der Bezirksfeldwebel zur Entgegennahme mündlicher Gesuche in Gummersbach, Gastwirtschaft von **Kollmann**, von 10 Uhr vormittags bis 11½ Uhr vormittags anwesend.

Bezirkskommando Deus.

Königliche Fachschule Remscheid

(mit Lehrwerkstätten)

Theoretische u. praktische Ausbildung spät. Fabrikanten, Betriebsleiter u. Werkmeister. Alter mindestens 14 Jahre, mind. gute Volksschulbildung. Schüleraufnahme am **1. April, 9 Uhr morgens.** Vorherige Anmeldung erwünscht. Programme kostenfrei durch die Direktion.

Frische Eier!

(keine Kalkeier). Garantie für jedes Ei.

100 St. M. 6,80.

Kwiet, Gummersbach.

Gummistempel jeder Art
schnell und billig
liefert Luykensche Buch- u. Papierhdlg. Mahle

Verbündete liberale Parteien.

Allgemeine Wähler-Versammlung zu Wiehl

im Saale des Hotel Geißler am **Mittwoch, den 19. d. Mts.**, abends 6 Uhr.

Den Hauptvortrag hält Herr Reichstagsabgeordneter Geheimrat Professor

Dr. Paasche.

Im Anschluß an diesen Vortrag: **Freie Aussprache für jedermann.**

Um zahlreichen Besuch bitten

die Vorstände.

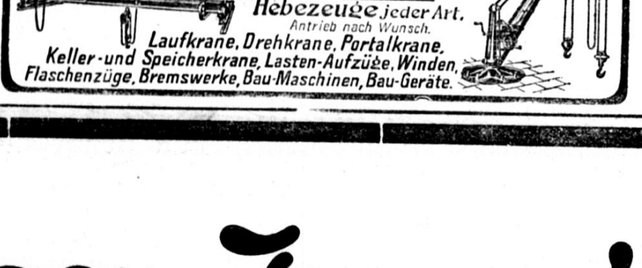
: Möbelfabrik C. Fredemann :

Prämiiert Cöln 1905. **Gummersbach** Telephon 248.

Kompl. Brautausstattungen.

Als vorzügliche empfehle **Krankenweine** SAMOS Griech. Wein Mediz.-Ungarw. Kakao-Edelwein Tokayer. Sämtliche Weine entsprechen dem neuen Weingesetz, sind garantiert rein, nicht künstlich gezuckert. **Rob. Fastenrath** Weingroßhandlung Gummersbach. Fernsprecher 176.

Maschinenfabrik Rhein und Lahn
Gauhe, Gockel & Cie
Oberlahnstein.
Hebezeuge jeder Art.
Antrieb nach Wunsch.
Laufkrane, Drehkrane, Portalkrane,
Keller- und Speicherkrane, Lasten-Aufzüge, Winden,
Flaschenzüge, Bremswerke, Bau-Maschinen, Bau-Geräte.



Die älteste deutsche Chauffeur-Schule
unter Ingenieur-Leitung
Oberfahrmeister Dommenz
Chauffeur kaiserl. u. königl. Hoheiten bildet Leute jeden Berufsstandes zu tüchtigen Berufsschauffeuren aus.
Prospekt gratis u. franko.
Stellennachweis kostenlos.
Technikum Elektra
Köln
Dagobertstr. 3.

Verblasste Stoffe kann jeder leicht u. gut selbst färben mit den echten **Brauns'schen Farben** für Hausgebrauch. = Millionenfach bewährt. = Zu haben in Apothek., Drogen- u. Farbenhandlungen. Man achte auf nebenstehend abgebildete Schleifenmarke.



Die **Sparkasse zu Wiehl** verzinst alle Einlagen mit **3 3/4 %**
Einlagen werden auch durch die Post entgegengenommen.
Garantiegemeinden sind: Drabenderhöhe, Wiehl, Nümbrecht und Marienberghausen.
Die Sparkasse ist vom Herrn Regierungspräsidenten zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt.

Unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des § 25 der deutschen Wehrordnung werden alle im Bezirk der Gemeinde Gimborn sich aufhaltenden Militärpflichtigen, welche im Jahre 1890 geboren sind, sowie alle früher Geborenen, welche bisher eine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis durch die Ersatzbehörde nicht erhalten haben, hierdurch aufgefordert, sich in der Zeit vom 15. Januar bis **spätestens 25. Januar** in den Vormittagsstunden auf dem Bürgermeisteramt behufs Aufnahme ihrer Namen in die Rekrutierungsstammrolle anzumelden.

Die außerhalb der Bürgermeisterei Gimborn geborenen Militärpflichtigen des Jahrgangs 1890 haben bei der Anmeldung ihren Geburtsschein und die im Jahre 1889 und früher geborenen Militärpflichtigen ihren Losungsschein vorzulegen.

Wer die vorgeschriebene Anmeldung zur Rekrutierungsstammrolle unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

Hülsenbusch, den 11. Januar 1910.

Der Bürgermeister: Wilms.

Offenlage der Reichstagswählerlisten.

Die Wählerlisten der Gemeinde Gimborn für die am 15. Februar ds. Js. stattfindende Reichstagsersatzwahl liegen vom 17. ds. Mts. ab 8 Tage lang auf dem hiesigen Bürgermeisteramt zu jedermanns Einsicht offen.

Einwendungen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Listen können gemäß § 3 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870/28. April 1903 innerhalb 8 Tagen nach dem Beginn der Offenlage derselben bei dem Unterzeichneten schriftlich angebracht oder zu Protokoll gegeben werden.

Hülsenbusch, den 11. Januar 1910.

Der Bürgermeister: Wilms.

Viele u. wohlschmeckende Eier



erzielt man im Winter ohne freien Auslauf mit dem vielfach mit goldenen, silbernen und bronzenen Medaillen prämiierten

Fischhafer „Muskator"

gesetzl. geschützt No. 65 432.

Berg. Kraftfutterwerk, Radevormwald.

Verkaufsstellen bei Franz Heuser-Gummersbach. — Carl Sattler-Vollmerhausen. — C. G. Mauelshagen-Oberderschlag. — E. Bohle-Bergneustadt. — Herm. Ley-Bergneustadt. — Bisterfeld-Bergneustadt. — C. G. Röttger-Wiedenest. — Frl. Adele Jürges-Oelchen. — Herm. Bertrams-Wiehl. — Ernst Bion-Wiehl. — Aug. Jäger-Ründeroth. — Bürstinghaus-Engelskirchen.

Grosser Inventur- und Räumungs-Verkauf.

Nach beendigter Inventur sind aus allen Abteilungen grosse Posten Waren **zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen** ausgelegt.

Damen- u. Mädchen-Konfektion, Herren- u. Knaben-Konfektion

::: weit unter Preis. :::

Ein Posten **Musseline-Blusen** zum Aussuchen **für die Hälfte des Wertes.**

Gebr. Hollmann Nachfg., Gummersbach

Fernspr. 291. Inh. **Friedr. Mast.** Fernspr. 291.

Ausverkaufspreise nur gegen Barzahlung.

Finanzreform in Preußen.

Von Landrat a. D. v. Dewitz,
Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

In der „Magdeburgischen Zeitung" veröffentlicht Herr Justizrat Bamberger-Aschersleben einen Artikel über „die dringendste Aufgabe der deutschen Finanzpolitik", der sich gegen einen Vorschlag der Einführung einer Erbzuwachssteuer in Preußen richtet. In materieller Beziehung wird der Widerspruch gegen die von mir im Gegensatz zur Erbschaftssteuer vom Vermögen vorgeschlagene Erbschaftssteuer vom Vermögenszuwachs damit begründet, daß die Ausführung des Vorschlages Arbeit bestrafen, Nichtstun mit Steuerfreiheit belohnen würde. Zwei Brüder mit gleichem ererbtem Vermögen werden als Landwirte gegenübergestellt, von denen der eine durch Arbeit, der andere nichts erwirbt. Schlußfolgerung: Der tüchtige Landwirt muß für den untüchtigen bezahlen.

Das ist zutreffend. Aber ich frage, tritt dasselbe Verhältnis nicht auch in dem Falle der von meinem Gegner vorgeschlagenen Erbschaftssteuer vom Vermögen ein? Offenbar liegt hier nur ein gradueller Unterschied vor, der mehr und mehr verschwindet, wenn man annimmt, daß der eine der Brüder erwirbt, der andere sein Vermögen aufzehrt. Dann zahlt der tüchtige Landwirt nicht nur für den untüchtigen, sondern sogar für den leichtsinnigen Bruder. Die angeführte Argumentation ist aber ohne weiteres nicht nur im Todesfalle für die wirtschaftlichen Ergebnisse zweier Steuerpflichtigen, sondern auch für die jährlich von ihnen zu entrichtende Einkommensteuer anwendbar. Auch hier hat der tüchtige Geschäftsmann jährlich mehr Steuern zu zahlen, als der untüchtige, sonern er wirtschaftlichen Erfolg hat. Die menschlichen Qualitäten werden und können bei einer Steuergesetzgebung niemals in Rücksicht gezogen werden, sondern entscheidend ist hier nur der Erfolg, d. h. die in ihm zahlenmäßig zum Ausdruck gelangte Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen.

Nun beruht aber die Konstruktion meines Vorschlages darauf, daß die durch die finanziellen Verhältnisse Preußens an sich notwendige Einkommensteuererhöhung, die eine örtlich völlig verschiedene Kommunalsteuererhöhung nach sich ziehen würde, vermieden werden soll und daß an ihre Stelle im Todesfalle eines Steuerpflichtigen eine Erbschaftssteuer von dem während seiner Lebensdauer eingetretenen Vermögenszuwachs — kumuliertem Einkommen — gesetzt wird. Sie ist zweifellos weit gerechter als eine Erbschaftssteuer von einem in seiner Höhe oft zurückgegangenen Vermögen und vermeidet den berechtigten Vorwurf der mehrfachen Besteuerung desselben Vermögens oder seiner Teile in derselben Zeit, in der in nebenliegendem Falle ein anderes Vermögen nur einmal der Erbschaftssteuer verfällt. Mein Vorschlag hat aber auch, wie ich schon im „Tag" ausgeführt habe, einen tieferen Grund, den mein Gegner ignoriert. Bekanntlich endet die Steuerprogression der Einkommensteuer unter Berücksichtigung des provisorischen Steuerzuschlages von 25 Prozent mit 5 Prozent bei 100 000 Mark Einkommen. Man waat in keinem deutschen Staate diese Progression zu erweitern, teils wegen der von ihr abhängigen Kommunalbesteuerung, teils aus der Befürchtung, daß die reichen Leute auswandern würden. Diese Tatsache bleibt eine, wenn auch aus Not zugelassene Ungerechtigkeit. Erhebt man aber eine entsprechende Steuer als Erbschafts-Steuer vom kumulierten Einkommen, so kann man ohne äußeren Schaden für den Staat die Steuerprogression erheblich erweitern und den Vorwurf beseitigen, daß die Steuerpflichtigen mit einem 100000 Mark übersteigenden Einkommen nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit sondern nach der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen mit nur 100 000 Mark Einkommen besteuert werden. Ebenso lassen sich die Besitzer mobilen Kapitals, für deren Sonderbesteuerung man bei Beratung des bestehenden Einkommensteuergesetzes vergeblich z. B. in Gestalt einer Kapitalrentensteuer nach einer geeigneten Form suchte, bei meinem Steuervorschlag erfassen. Mein Gegner leat diesem eine Schwäche unter, während es seine Stärke ist, daß der Kapitalbesitzer ohne Rücksicht auf Prosperität während seiner Lebensdauer zur Steuer herangezogen werden soll. Es wird damit eine Lücke in der bestehenden Gesetzgebung ausgefüllt. Von welcher Höhe des Kapitals ab die Steuer beginnen soll, darüber läßt sich streiten. Jedenfalls sollten die kleinen Vermögen des Mittelstandes, der Beamten, Offiziere und der nicht im Erwerbsleben tätigen Personen geschont werden. Denn diese Klasse von Personen erwirbt meistens nicht nur nichts, sondern setzt vielfach von ihrem Vermögen für die Ausbildung der Kinder noch hinzu, um sie für den Staat zu erziehen. Auch der Einwand, daß den Steuerbehörden Mehrarbeit, der Bevölkerung Mehrbelästigung erwachsen würde, trifft ungefähr das Gegenteil. Denn nach meinem Vorschlag findet eine Ermittlung der Erbmasse durch die Steuerbehörde überhaupt nicht statt. Der Listenauszug aus der Vermögenssteuerrolle weist den Vermögenszuwachs ohne weiteres nach, weil in ihr solches ererbtes, wie erworbenes Vermögen jährlich aufgenommen, weiter geführt und festgestellt wird.

Was die Frage betrifft, ob die Erbschaftssteuer nicht für das Reich zu reservieren sei, so kann ich mich an dieser Stelle mit meinem Gegner darüber ebensowenig auseinandersetzen, wie über seine Bedarfsberechnung des Reiches, deren Richtigkeit ich bestreite, sowie auch über die Unausführbarkeit seines Vorschlages einer Veredelung der Erbschaftssteuer. Nur soviel soll gesagt sein daß nach meiner Meinung die Wiederkehr einer Erbschaftssteuervorlage im Reich eine weit größere Notlage in politischer Beziehung heraufbeschwören und entfesseln würde als es die finanziellen Nöte des Reiches zu tun vermögen. Wenn ein Anhänger der früheren Erbschaftssteuervorlage sich zu diesem Urteil bekennen muß, so wird mein Gegner annehmen müssen, daß nur die schwerwiegendsten Gründe mich dazu veranlassen. Im übrigen erkenne ich an, daß die Finanzreform im Reich für die Dauer nicht genügt, aber ich weise darauf hin, daß ihm noch die Aneignung von 160—180 Millionen an Gesellschafts- und Stempelsteuern aus den Einzelstaaten zur Verfügung stehen und daß ihm äußersten Falles die Auflage einer Besitzsteuer an die Einzelstaaten übrig bleibt, die letztere durch Erbschaftssteuern aufbringen mögen.

Unternehmungslust in der Warenherstellung.

Aus der Unternehmungslust in den Gewerben der Warenherstellung läßt sich bis zu einem gewissen Grade auf die Weiterentwickelung des gewerblichen Beschäftigungsgrades schließen. Die Tatsache, daß die Unternehmungslust in diesen Gewerben während des letzten Jahres wieder zu neuem Leben erwacht ist, läßt erhoffen, daß die angeforderten Summen zur Ausdehnung des Produktionsapparates verwendet und dadurch vermehrte Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Es würden nämlich in den Gewerben der Warenherstellung im Jahre 1909 insgesamt 861,86 Millionen Mark für neue und alte Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. angefordert, während 1908 in denselben Gewerben nur 783,09 Millionen neu investiert worden waren. Somit sind den Gewerben der Warenherstellung allein durch Neuinvestierungen bei A.-G. und G. m. b. H. 78,77 Millionen Mark mehr als im Jahre 1908 zugeflossen. Das sind 10 Prozent der Summe des Jahres 1908. Allein der Monat Dezember brachte ein Mehr von 68,26 Prozent, gegenüber dem Vorjahre, wie denn gegen Jahresschluß die gewerbliche Unternehmungslust sich wieder kräftig belebte. Von den verschiedenen Gewerben der Warenherstellung weisen vor allem die Montan-, die Metall- und Maschinenindustrie eine äußerst kräftige Belebung der Unternehmungslust auf; besonders in der Montanindustrie wurden für den Ausbau des Produktionsapparates wieder bedeutend größere Summen als 1908 angefordert. So beliefen sich die Neugründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. in der Gruppe Bergbau, Hütten und Salinen im Jahre 1909 auf 139,83 Millionen Mark, während 1908 nur 110,25 Millionen neu investiert worden waren. Das Plus beträgt 26,8 Prozent. Im Jahre 1907 waren in der Montanindustrie nur 109,05 Millionen Mark neu investiert worden. Sehr erfreulich gestaltete sich die Unternehmungslust auch in der Metall und Maschinenindustrie. Die Neuinvestierungen betrugen hier im Jahre 1909 insgesamt 160,20 Millionen Mark, während sie 1908 142,64 Millionen betragen hatten. Es sind also immerhin 18 Millionen Mark, die mehr als 1908 in der Industrie werbend angelegt wurden. Gerade in der Metall- und Maschinenindustrie waren die Neuinvestierungen im Jahre 1908 auffallend eingeschränkt worden; es waren reichlich 50 Millionen Mark weniger als 1907 neu investiert worden. Mit einem kräftig gesteigertem Kapitalbedarf sind weiter noch die Gas- und Elektrizitätsgesellschaften zu nennen, die im Jahre 1909 50,58 Millionen Mark oder rund 30 Prozent mehr anforderten als 1908. In der Industrie der Steine und Erden betrugen die Neuinvestierungen 54,45 Millionen Mark gegen 51,74, im Holzgewerbe 15,73 gegen 14,00. In einer ganzen Anzahl von Gewerben waren allerdings die Neuinvestierungen noch ziemlich erheblich eingeschränkt und erreichten die des Jahres 1908 nicht. Wir fassen diese Gewerbe der Warenherstellung in einer Uebersicht zusammen. Die Neugründungen und Kapitalserhöhungen bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. betrugen in Millionen Mark:

	1908	1909
Elektrotechnische Industrie	39,16	27,50
Ledergewerbe	10,82	6,74
Bauwesen	81,29	77,13
Chemische Industrie	45,10	36,33
Papiergewerbe	29,49	21,87
Graphische Gewerbe	22,82	19,47

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sind die Neuinvestierungen von 78,06 auf 84,52, im Textilgewerbe von 35,18 auf 38,34 hinaufgegangen.

Vom Tage.

* **Gummersbach** 17. Januar.

Zentrum und Kanzler.

Die Zentrumspresse beginnt das Scharfschießen auf den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg. Ein parlamentarischer Mitarbeiter, wahrscheinlich Herr Erzberger, entwirft in der „Märkischen Volkszeitung" folgendes Bild von dem „neuen Mann": „Der neue Mann ist auf ethischem, religiösem Gebiet liberal, auf dem Gebiete der Volksrechte reaktionär bis in die Knochen. Daß dieser Mann, in dessen Reden die Gedanken der destruktivsten liberalen Philosophen einen so großen Einfluß erlangt haben, für uns ein gefährlicher Gegner sein und bleiben müsse, das ist an dieser Stelle bereits vor mehreren Jahren betont worden, als der jetzige Reichskanzler zum ersten Male als preußischer Polizeiminister im Abgeordnetenhause seine vielbesprochene Rede mit dem Hinweis auf den Philosophen Kant hielt. Und diese Einschätzung mußte ihm später wiederholt zuteil werden, als seine Handlungen deutlich erkennen ließen, daß er in seiner ganzen geistigen Entwickelung im liberalen Fahrwasser geschwommen hat, und dem Katholizismus mit seinen weltumfassenden Einflüssen mit jenem Maße sehr beschränkter Kenntnisse gegenüberstehe, die den Durchschnittsostelbiern eigen ist." — Es fehlt nur noch, daß Herr v. Bethmann als Anhänger Ferres und verkappter Anarchist hingestellt wird. Von Kant bis Ferrer ist ja nach ultramontaner „Weltanschauung" nur noch ein Schritt. Pikant berührt, daß dem „neuen Mann" gegenüber sogar Fürst Bülow als ein „relativ ungefährlicher Reichskanzler" angesprochen wird.

Bayern und die Reichsfinanzreform.

In der Kammer der Abgeordneten führte bei Gelegenheit der Etatsberatungen Ministerpräsident Freiherr von Podewils über die Stellung der bayerischen Regierung zur Reichsfinanzreform aus Bayern habe immer den Standpunkt vertreten, daß einerseits Massenartikel, andererseits der Besitz herangezogen werden müßte und daß man an der Erbanfallsteuer nicht vorbeigehen könne. Der früheren Erklärung des Reichsschatzsekretärs habe die Annahme zugrunde gelegen, daß man ohne die Erbanfallsteuer die nötigen Mittel nicht aufbringen könne, was sich aber doch später als möglich erwiesen habe, wenn auch nicht in ganz befriedigender Form. Die bayerische Regierung habe sich sachlich an der Reform mit besten Kräften beteiligt; einer Einführung direkter Reichssteuern habe sie nicht zustimmen können, wenn sie nicht ihren von jeher eingenommenen Standpunkt preisgeben wollte, und das Festhalten dieses Standpunktes könne ihr niemand verargen, er müßte denn das föderative Prinzip preisgeben. Es gehe nicht an, die bayerische Regierung für eine Konstellation verantwortlich zu machen, der gegenüber Fürst Bülow nicht länger im Amte bleiben zu können glaubte. Die Verbündeten Regierungen haben in Bülow den Meister der auswärtigen Politik gesehen. Die bayerische Regierung habe die Finanzhoheit der Einzelstaaten gewahrt und sei sich der Verantwortlichkeit bewußt, die sie als zweitgrößter Bundesstaat getragen habe. Der diplomatische Ausschuß werde künftig zu normaler Tätigkeit berufen sein; der neue Reichskanzler habe sich zu dieser Zusage seines Amtsvorgängers rückhaltlos bekannt. Die Besorgnis, daß der Ausschuß die einheitliche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten beeinflussen könne, sei geschwunden.

Gegen die Schiffahrtsabgaben.

In der Etatsberatung der Sächsischen Ersten Kammer berührte auch Oberbürgermeister Dr. Beutler-Dresden die Frage der Schiffahrtsabgaben und wies auf die schweren Bedenken gegen ihre Einführung hin. Hierauf führte der Staatsrechtslehrer Wirklicher Geheimrat Professor Dr. Wach im Verlaufe einer eingehenden Darlegung über diesen Gegenstand u. a. folgendes aus: In der Frage der Schiffahrtsabgaben hätten sich die Gegensätze immer mehr verschärft. Ihm schiene es geboten, jetzt, wo ein schwerer Interessenkampf begonnen, Verständigung zu suchen. Es wäre ein Schaden für unser innerpolitisches Leben, wenn die Ueberzeugung nicht zum Siege käme, daß Sachsen, Baden und Hessen sich lediglich mit Rücksicht auf das Wohl ihrer Staaten bestimmen ließen, daß sie auf einem verfassungsmäßigen Boden ständen und daß ihre Stellung innerpolitisch gerechtfertigt und wahrhaft patriotisch sei. Es handele sich um eine Aenderung des Artikels 54 der Reichsverfassung. Der § 19 des preußischen Wasserstraßengesetzes sei verfassungswidrig, also schlechthin nichtig. Außer durch die Einführung der Schiffahrtsabgaben würde die Aenderung der Reichsverfassung aber auch durch die geplante Einführung der Zweckverbände bedingt. Das seien staatliche Genossenschaften, die dem Bundesrat unterstellt werden sollten. Diesem würde damit eine Kompetenz übergeben, die ihm nach der Reichsverfassung nicht zustehe. Die Reichsverfassung aber sei das Bollwerk unserer nationalen Existenz. Wer sie ändern wolle, müsse erst beweisen, daß eine solche Aenderung dem Reiche zum Wohle gereiche. Er zweifle aber, ob dieser Beweis gelinge, denn es solle eine Schiffahrtsfreiheit preisgegeben werden, die durch lange Kämpfe errungen worden sei und mit der sich Handel und Industrie entwickelt hätten. Schon jetzt stehe es fest, daß für Sachsen die Einführung der Schiffahrtsabgaben einen außerordentlichen Schaden im Gefolge haben würde. In der vorliegenden Frage müsse im Bundesrat das Prinzip gelten: „Einer für alle, alle für einen", nicht aber das Prinzip: „Ausbeutung des einen durch den andern". Er hoffe bestimmt, daß man den Einwendungen Sachsens Gehör schenken möchte.

Waisenausteuer.

Ueber die geplante Gewährung einer Waisenaussteuer im Rahmen der Reichsversicherungsordnung schreibt man: Wenn beide Ehegatten Versicherungsbeiträge entrichtet hatten und die Witwe des auf ihrer eigenen Beitragsleistung beruhenden Invalidenrentenanspruchs keinen Anspruch auf Witwenrente erheben kann, so soll hierfür außer dem Witwengeld auch eine Zahlung an die Waisen geleistet werden. Abgesehen von dem Zeitpunkt unmittelbar nach dem Tode des Ehemannes, der für die Gewährung des Witwengeldes entscheidend ist, entstehen

** Kleines Feuilleton.

— **Ein Zukunftsbild von Edison.** Aus Newyork wird berichtet: Edison ist unter die Propheten gegangen und hat sich darüber geäußert, wie es nach seiner Meinung in 200 Jahren auf der Welt aussehen werde. Die Menschen werden sich dann in noch viel ausgedehnterem Maße, als es ihnen bisher gelungen ist, aller Kräfte der Erde und der Luft bemächtigt haben und Wunder der Technik vollbringen. Der Lebensunterhalt wird so billig sein, daß ein gewöhnlicher Arbeiter sich all den Luxus wird leisten können, den sich heute nur der Besitzer eines jährlichen Einkommens von 800 000 Mark gestatten kann. Edison glaubt nicht nur an die wundervollen Hilfskräfte, die das Radium darbieten wird, sondern auch an die Verwertung von Vulkanen zu Nutzen der Menschheit. Bisher haben wir so meint er nur im Dunkeln getastet und stecken trotz manches Erreichten noch in den Anfängen. „Wie unwissend sind wir! Wir wissen nicht, was Schwere ist; auch kennen wir nicht die Natur der Wärme, des Lichts und der Elektrizität, obwohl wir uns ihrer ein wenig bedienen. Wir sind wie junge Hunde, die gerade aus der Hütte herausgekrochen sind und einen Blick auf ihre Umgebung werfen. Es wird noch einer ungeheueren Entwickelung unseres Gehirns bedürfen, um uns zu einer wirklichen Höhe des Fortschrittes emporzubringen." Auch über Einzelheiten dieser angeblich paradiesischen Zukunft weiß Edison Erstaunliches zu erzählen. So wird es z. B. den Ohren der Frauen süß klingen daß die Stoffe der Zukunft so billig sein werden, daß jede Dame jeden Wechsel der Mode sofort mitmachen kann. Aus Holzbrei wird künstliche Seide gemacht die besser ist als die natürliche und schöner leuchtet. In 50 Jahren schon wird der Seidenwurm so überflüssig sein, wie das indische Indigo, das durch das Indigo aus unseren Laboratorien ersetzt ist.

— **Die Schule des Lächelns.** Die Kunst des anmutigen Lächelns scheint im Aussterben zu liegen. Ehemals gab es in Frankreich sogenannte Lachmeister, die ihren Schülern richtigen Unterricht im gefälligen Lachen gaben, heute gibt es solche Lachmeister nicht mehr; wohl aber lebt in London noch eine „Lehrerin des Lächelns", die sich jüngst gegen den Mitarbeiter einer englischen Wochenschrift über ihre Unterrichtstätigkeit geäußert hat. Ihr Unterricht beschränkt sich auf das Lächeln, also auf den sichtbaren Teil im Gegensatz zu dem hörbaren Lachen. Die Schüler — hauptsächlich sind es Schülerinnen — müssen natürlich über alle Vorbedingungen zum Lächeln verfügen, d. h. regelmäßige weiße Zähne, eine regelmäßige Nase, wohl geformte Augen und schließlich eine gesunde frische Haut haben. Alles andere am Lächeln läßt sich erlernen, nach der Ansicht der Lehrerin des Lächelns, sogar die Erzeugung von Grübchen, was zu einem süßen und verführerischen Lächeln unerläßlich sein soll. Der natürliche Punkt für die Bildung von Grübchen, so behauptet die Engländerin, liegt in der Mitte der Wangen. Dorthin malt sie bei jeder ihrer Schülerinnen, wenn diese vor dem Spiegel das Lächeln üben, einen kleinen Punkt und läßt sie dann die Aufmerksamkeit auf diesen Punkt richten. Dabei sollen sie alle ihre Gedanken auf das Grübchen konzentrieren, das dort entstehen soll. Angeblich soll dadurch die Gesichtsmuskulatur wirklich die Bildung von Grübchen erlernen, was allerdings recht unwahrscheinlich klingt. Nächst dem Grübchen ist das richtige Zeigen der Zähne (natürlich der oberen Zähne) das wichtigste. Auf keinen Fall darf beim Lächeln die Oberlippe hochgezogen werden, denn sonst entstände ein Grinsen oder Zähnefleischen, aber kein Lächeln. Die Oberlippe soll vielmehr nach außen „emporgerollt" werden. Auch das läßt sich lernen. Diese Rollbewegung der Lippe kann die Lippenmuskulatur tatsächlich erlernen. Zuerst hilft man ein wenig mit dem Finger nach, bis die Muskel mechanisch die gewünschte Bewegung ausführt. Einen Punkt, den die Meisterin des Lächelns übergangen hat, könnte man noch hinzufügen: von Natur aus ist die Gesichtsmuskulatur der wenigsten Menschen so symetrisch ausgebildet, daß sich beim ungelernten Lächeln der Mund nicht etwas schief zieht; um also wirklich hübsch zu lächeln, müßte man die unsymetrische Bewegung ebenfalls vor dem Spiegel ausgleichen lernen.

— **Der Zigarettenkäfer.** Auch der Tabak, und zwar der zubereitete Tabak, hat seine Lebenwelt; in ihm lebt der sogenannte „Zigarettenkäfer", ein Tierchen von beinahe 2 Millimeter Länge. Der Leiter der mikroskopischen Abteilung der Monatsschrift „Knowledge", Dr. Schillington hat jüngst einige Präparate dieses wenig bekannten Tierchens erhalten, und weist bei dieser Gelegenheit in seiner Zeitschrift auf dessen Lebensäußerungen hin. Die erste Erwähnung des Zigarettenkäfers (Lasioderma Serricorne Fab.) in Verbindung mit dem Tabak wurde im Jahre 1896 von der Abteilung für Insektenkunde des landwirtschaftlichen Bureaus der Vereinigten Staaten veröffentlicht. Das Tier findet sich im türkischen Tabak, der in schwach gepreßten Ballen befördert wird, dagegen nicht in indischem, afrikanischem, virginischem oder chinesischem Tabak, außer natürlich, wenn es durch unmittelbare Uebertragung von türkischem Tabak auf andere Ballen gelangt ist, und kann bei der weiteren Verarbeitung des Tabaks darin bleiben. Im Tabak befinden sich neben dem ausgewachsenen Käfer auch die Eier und die Puppen und Larven. Der fertig entwickelte Käfer sieht in zusammengerolltem Zustande wie ein braunes Körnchen aus; er ist zylindrisch geformt und gleichmäßig hellbraun gefärbt wie der Tabak, und entgeht daher leicht dem Auge. Das Tierchen kommt übrigens nicht ausschließlich im Tabak vor, sondern findet sich in manchen offizinellen Pflanzen und auch in Gewürzen, z. B. in Cayenne-Pfeffer und in Rhabarber, ferner zuweilen in Reis und in Feigen; zuweilen soll er sich sogar in Herbarien befinden, wo er beträchtlichen Schaden anrichtet. Von Drogen bevorzugt der Käfer merkwürdigerweise Mutterkorn und Kurkumawurzeln. Den Tabak liebt er in jeder Form, unverarbeitet, als Kautabak und Zigarettentabak, als fertige Zigaretten und Zigarren, sowie als Pfeifentabak.

— **Kostspielige Flitterwochen.** 300 000 Mark für eine Hochzeitsreise! Das ist eine anständige Summe, von der andere junge Eheleute ihr ganzes Leben lang vergnügt und ohne Sorgen leben können. Wenn man aber erfährt, daß die so kostspielige Hochzeitsreise in die Polargegend unternommen wurde, in einem eigenen Schiff und mit einer Begleitung von 19 Personen, so wird man begreifen, wie das viele Geld verwandt worden ist. Die Polarexpedition, die der amerikanische Millionär Max Fleischmann in seinen Flitterwochen unternahm, steht an Kostspieligkeit durchaus nicht einzig da. Er konnte voll Stolz 30 Rentierköpfe, die Felle von 100 Robben und 32 Polarbären vorweisen, die er erbeutet hatte. Andere bringen von ihren Hochzeitsreisen nicht so sichtbare Erinnerungszeichen mit. Aber eine Weltreise auf der eigenen Jacht als hochzeitlichen Ausflug zu unternehmen, das ist die Sehnsucht und der Stolz jedes Millionärs. Läßt man das Schiff extra zu diesem Zweck bauen, so werden, wie eine englische Wochenschrift zu berichten weiß, die Kosten 400 000 Mark erreichen, denn man will es doch luxuriös und komfortabel haben, und mit notwendigen Ausbesserungen kann die Summe auch auf 600 000 M. steigen. Im ganzen wird solch ein auf ein Jahr ausgedehnter Honigmonat, bei dem man sich alle Wunder des Erdenkreises ansieht, die stattliche Summe von einer Million Mark verschlingen. Annähernd 800 000 Mark hat das Ehepaar Pennfield auf einer einfachen Nil-Hochzeitsreise ausgegeben; sie konnten es sich freilich leisten, denn Frau Peerfield hieß früher Annie Weightmann Walker und hat von ihrem Vater ein Riesenvermögen geerbt. Exotischer, wenn auch nicht ganz so kostspielig, verlebte der Graf von Lesdain mit seiner jungen Frau die Flitterwochen, indem er eine gefährliche und romantische Forschungsreise ins unbekannte Tibet unternahm, 5000 englische Meilen zurücklegte, und seine an Aufregungen und Gefahren reichen Abenteuer in einem spannenden und wertvollen Buch niederlegen konnte. Derjenige, den sein Honigmonat wohl am meisten gekostet hat, ohne daß er freilich selbst davon Vergnügen hatte, war der Sohn des Millionärs Charles L. Tiffany, der ein armes Mädchen heiratete und von seinem Vater enterbt wurde. Da er dabei über 8 Millionen verlor und nur 10 Tage verheiratet war, verlor er jeden Tag fast eine Million und stellte so den Rekord auf in kostspieligen Flitterwochen.

— **„Ich kann nicht polsch, Herr Leitnant."** Aus ihrem Leserkreise wird der „Deutschen Zeitung" folgende niedliche Geschichte erzählt: Vor genau zwanzig Jahren diente ich in einer kleinen Garnison Westpreußens die zehn Wochen ab, zu denen ich als Lehrer verpflichtet war. Mit mir wurden noch ein Dutzend Kollegen und etwa 100 Ersatzreservisten ausgebildet. Diese waren zur Hälfte Polen, bei denen von dem Schulunterricht nicht mehr viel zu spüren war. Die Instruktionsstunde war ihnen fürchterlich. Noch größer freilich war die Not des Offiziers, der die Ausbildung hatte übernehmen müssen. In seiner Verzweiflung bezeichnete er die schlimmsten der Dschimbaks als „Ruhße". Er hatte eine ganz hübsche Kollektion zusammen: Ruhße 1, Ruhße 2, Ruhße 3 usw. Ruhße 1 trug diese Bezeichnung mit vollstem Recht; er hieß nämlich gewöhnlich noch Moskau. Wurde er von Leutnant Gradeisen zur Wiedergabe einer Erklärung angeregt, so bestand seine ganze geistige Leistung in einem hörbaren: be . . . be . . . be . . . ꝛc. Einmal hatte der Offizier über ein ziemlich schwieriges Thema instruiert: „Habt Ihr alles verstanden?" Antwort, freudig und laut: „Jawohl, Herr Leutnant!" „Du auch, Ruhße?" Moskau stottert: „Be . . . be . . . be . . ., jawohl, Herr Leutnant!" — „Was hab' ich Euch denn gesagt?" — „Be . . . be . . . be . . ." — „Hast Du's denn verstanden?" — „Be . . . be . . . be . . . Nei Herr Leutnant!" — „Weißt Du nicht, daß der Soldat, der seinen Vorgesetzten belügt, eingesperrt wird?" Fürchterliches Schweigen. Da tritt der Ersatzreservist v. Raikowski vor, ein Pole, der aber auch des Deutschen vollkommen mächtig ist. „Darf ich wohl dem Mann polnisch erzählen, was der Herr Leutnant uns jetzt klar gemacht hat?" „Meinetwegen!" Gern wird die Erlaubnis nicht gegeben, aber was soll Herr Leutnant Gradeisen machen? Moskau muß die Sache begreifen. Und nun beginnt v. Raikowski mit unendlicher Begeisterung und in wilddahinflutendem Polnisch vorzutragen, was er von den Worten des Offiziers behalten hat. Der „Ruhße" Moskau scheint jedes Wort des begeisterten Ersatzreservisten zu verschlingen. Seine Augen hängen ganz starr an den Lippen des Redners. Endlich unterbricht der Herr Leutnant den Schwall. „Hast Du jetzt endlich alles verstanden, Du Ruhße?" Und Moskaus Antlitz verzieht sich schmerzlich: „Be . . . be . . . be . . . Ich kann nicht polsch, Herr Leitnant!"

für die Hinterbliebenen auch bei der Schulentlassung der Waisen und ihrem Eintritt in eine Berufstätigkeit erhebliche bare Auslagen. Da nun zu diesem Zeitpunkt auch regelmäßig der Bezug der Waisenrente endigt, so ist in Aussicht genommen, den Hinterbliebenen zur Deckung dieser Unkosten als weiteren Ersatz für die fortfallende Witwenrente eine einmalige Zuwendung als Waisenaussteuer zur Verfügung zu stellen. Für ihre Zubilligung wird ebenso wie beim Witwengeld das Versicherungsverhältnis der Mutter beim Tode des Ehemannes maßgebend sein. Entweder muß die zu diesem Zeitpunkt noch erwerbsfähige Ehefrau durch ihre Beitragsleistung die Wartezeit für die reichsgesetzliche Invalidenrente erfüllt und ihre Anwartschaft aufrecht erhalten haben, oder die Ehefrau, die zu diesem Zeitpunkt schon Invalide ist, muß den Anspruch auf eine Invalidenrente erworben haben. Wenn aber die Witwe erst nach dem Tode des Ehemannes, aber vor Ablauf des fürsorgebedürftigen Alters der Waisen die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt hat, weil sie beim Tode des Mannes die erforderliche Zahl von Beiträgen noch nicht entrichtet oder die Beitragsleistung erst nach diesem Zeitpunkt begonnen hat, so soll den Waisen auch in diesen Fällen die Waisenaussteuer gewährt werden.

Der Wahlfonds der Industriellen.

Die vom Zentralverband Deutscher Industrieller eingesetzte Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds hat am 13. d. M. in Berlin ihre erste konstituierende Sitzung abgehalten. Die Zusammensetzung der unter Zulassung von Kooptation vorerst aus 15 Mitgliedern bestehenden Kommission ist derart erfolgt, daß alle Teile Deutschlands, insbesondere die Industriebezirke, vertreten sind. Die Kommission soll ihr Amt ganz selbständig und unabhängig vom Zentralverband versehen. Zu ihrem Vorsitzenden wurde der Rechtsanwalt Meyer in Hannover, Syndikus der Ilseder Hütte, Vorsitzender des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gewählt; zu stellvertretenden Vorsitzenden die Herren Th. W. Schmid, Direktor der Vogtländischen Spinnerei, Hof in Bayern und G. Hertle, Direktor der Leipziger Baumwollspinnerei, Leipzig-Lindenau. Ferner wurden in den Vorstand gewählt die Herren Geh. Bergrat Hilger in Berlin, Generaldirektor der Firma Gebr. Stumm in Neunkirchen. Sämtliche Wahlen erfolgten einstimmig. Sodann wurde das Schreiben an die Mitglieder des Zentralverbandes Deutscher Industrieller aufgesetzt, das zur Leistung von Beiträgen auffordert. In der Versammlung kam nochmals einmütig die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß unbedingt mit allen Kräften auf eine bessere Vertretung der Industrie in den Parlamenten hingewirkt werden, daß dafür jeder Industrielle entsprechende Opfer bringen muß, und daß der vorgeschlagene Weg der einzige ist, der mögsicherlich zum Ziele führt.

Die sozialdemokratische Jugend.

Das Berliner Polizeipräsidium hat, wie das Wolff'sche Telegraphen-Bureau mitteilt, den Vorstand des Vereins Freie Jugendorganisation Berlin und Umgegend benachrichtigt, daß die Auflösung der Freien Jugendorganisation auf Grund des Reichsvereinsgesetzes erfolgt, da der Verein ein politischer Verein sei, mit dem aus seinen Statuten sich ergebenden Ziele, eine Organisation von Jugendlichen unter 18 Jahren zu sein. Damit ist die Freie Jugendorganisation der Sozialdemokraten vorläufig lahmgelegt. Der „Vorwärts" kündigt indes Beschwerde und Klage im Verwaltungsstreitverfahren an, wenn er an deren Erfolg auch selbst zweifelt. Jedenfalls, meint das sozialdemokratische Blatt, müsse der Polizei und deren Hintermännern gezeigt werden, daß sie zwar die Freie Jugendorganisation auflösen, aber die freie Jugendbewegung nicht vernichten könnten.

Der wirtschaftliche Aufschwung der Polen.

Fast alle polnischen Blätter klagen von Zeit zu Zeit über die grausame Bedrückung der Polen in Preußen, die durch die Ausnahmegesetze zu Heloten gemacht werden sollen, aber keines der Blätter ist imstande, für seine Behauptungen den Beweis der Wahrheit zu erbringen. Im Gegenteil, wenn sie objektiv einen Ausblick halten über ihre wirtschaftliche Errungenschaften, dann müssen sie zugeben, daß die wirtschaftliche Entwickelung der Polen im preußischen Teilgebiet in ganz normaler Weise vor sich geht, und sie in manchen Dingen den Deutschen scharfe Konkurrenz zu machen beginnen. Und so gibt der Dziennik Poznanski in seinem Jahresüberblick auch ganz unumwunden zu, daß die wirtschaftliche Entwickelung der Polen auch im verflossenen Jahre als sehr günstig zu bezeichnen sei. Vor allen Dingen wird von Jahr zu Jahr eine Hebung der Landwirtschaft, der Hauptgrundlage der polnischen Volksgesundheit, konstatiert, und zwar sowohl im Groß- wie im Kleinbetrieb. Interessant ist die Behauptung des Dziennik Poznanski, daß die Einnahmen aus der Landwirtschaft die gegenwärtig hohen Bodenpreise vollständig rechtfertigen! Aber auch mit der Entwickelung des Handels und der Industrie ist das Blatt zufrieden, indem es meint, daß sie mit der Entwickelung der Landwirtschaft Schritt hielten und, wenn auch allmählich, aber immer mehr an Lebenskraft gewönnen.

Konsumentenkartelle.

Für Konsumentkartelle als Mittel, den Auswüchsen der Kartellierungen zu begegnen, wirbt im neuesten Heft der „Sozialen Praxis" Justizrat Dr. Fuld-Mainz, der sich durch mancherlei sozialpolitische Publikationen bekannt gemacht hat. Fuld bezeichnet es als erfreulich, daß die Reichsgesetzgebung an das Kartellproblem sich nicht herangetraut habe. Denn jedes Kartellgesetz hätte das Kind mit dem Bade ausgeschüttet; auch die nützliche und volkswirtschaftlich notwendige Tätigkeit der Kartelle lahmgelegt. Weit mehr Erfolg verspricht sich Fuld von der Selbsthilfe. Von einem Zusammenschluß der Konsumenten, wobei unter Konsumenten freilich nicht nur die einzelnen physischen Personen, sondern in erster Reihe die Großverbraucher zu verstehen sind. Also z. B. — auf diesem Gebiete sind die Konsumentkartelle bislang vornehmlich in Deutschland praktisch geworden — eine Organisation der Industrie zum Zwecke der Kohlenversorgung. Von dieser neuen Art der Kartellierung urteilt Fuld optimistisch: „Was dem Staate weder vermittelst seiner Gesetzgebung noch vermittelst seiner Verwaltung zu erreichen möglich ist, nämlich die Berücksichtigung der Interessen der Verbraucher und des Zwischenhandels durch die Kartelle, kann vermittelst des Konsumentenkartells erreicht werden. Das Konsumentenkartell verkennt nicht die Bedeutung der Kartellierung als Form der wirtschaftlichen Organisation des 20. Jahrhunderts, es ist um so weiter von der grundsätzlichen Negierung der Berechtigung des Kartellwesens entfernt, als es ja selbst sich der Kartellform bedient und bedienen muß. Das Konsumentenkartell bildet die Ergänzung des Unternehmerkartells und zwar die notwendige Ergänzung; so lange die volkswirtschaftliche Organisation nur Unternehmerkartelle kennt, kann nicht bestritten werden, daß sie an einer gewissen Einseitigkeit leidet, die leicht zu einer Ignorierung oder Unterschätzung der Interessen der Konsumenten führt. Diese Einseitigkeit wird durch die Konsumentenkartelle beseitigt. Während eine Kartell- oder Antikartellgesetzgebung sich schwerlich von den Fehlern freihalten würde, welche die nützliche Tätigkeit der Kartelle beeinträchtigen müßten, wird durch die Organisation der Konsumentenkartelle die nützliche Seite der Tätigkeit mit nichten angetastet oder gemindert." Was hiermit gern zur Diskussion gestellt sei.

Die Entwickelung der deutschen überseeischen Auswanderung.

Die jetzt vorliegenden Zahlen über die deutsche Auswanderung im Jahre 1909 lassen erkennen, daß der im Jahre 1908 eingetretene bedeutende Rückgang inzwischen zum Stillstand gekommen ist. Denn das vergangene Jahr übertrifft mit rund 25 000 Auswanderern das Jahr 1908 um etwa 5000. Die im Jahre 1907 in den Vereinigten Staaten eingetretene wirtschaftliche Krise hatte zwar in demselben Jahr noch keine Abnahme der deutschen Einwanderung verursacht, vielmehr weisen die Zahlen dieses Jahres noch eine geringe Steigerung gegen das Vorjahr auf. Hingegen machte sich die wirtschaftliche Depression der amerikanischen Union im folgenden Jahre in ganz bedeutendem Maße fühlbar. Denn gegen 31 700 Personen im Jahre 1907 wanderten im Jahre 1908 nur 19 900 Personen aus Deutschland aus. Mit dieser Zahl ist allerdings auch der tiefste Stand erreicht worden, den unsere Auswanderung seit Begründung des Deutschen Reiches je erlebt hat. Sie erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1881, wo fast 221 000 deutsche Auswanderer die Heimat verließen. Und wenn nun im letzten Jahre unter der Wiedererstarkung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Nordamerika unsere Auswanderung auf fast 25 000 Personen angestiegen ist, so erreicht sie damit immerhin erst den achten Teil ihres Standes vor 29 Jahren. Insgesamt sind seit Begründung de deutschen Reiches rund 2 850 000 Personen nach überseeischen Ländern ausgewandert. Neben der Verminderung der Auswanderung zur Zeit der letzten wirtschaftlichen Krise in den Vereinigten Staaten machte sich eine bedeutende Rückwanderung bemerkbar; sie nahm 1908 allerdings schon gegen das Vorjahr ab und dürfte im letzten Jahre noch erheblich zurückgegangen sein. Statistische Zahlen darüber liegen noch nicht vor.

Rheinland-Westfalen.

* Köln, 17. Jan. In der Sitzung der Stadtverordneten wurde ein Geschenk von 4000 Mark für das Museum für ostasiatische Kunst dankend angenommen. Man bewilligte einen Nachkredit von 1312 Mark für Unterhaltung der Denkmäler und Springbrunnen.

* Elberfeld, 17. Jan. Von hiesigen Geschäftsinhabern ist die Gründung eines „Anti-Rabattmarkenvereins" beschlossen worden. Ueber 200 Vertreter der Kolonialwarenbranche haben sich schon bereit erklärt, dem neuen Verein beizutreten, auch haben mehrere der größten Firmen ihren Anschluß zugesichert und für Propagandazwecke reiche Geldmittel zur Verfügung gestellt. Ueber die Vorteile, die der Verein seinen Mitgliedern und den Kunden der Mitglieder bieten soll, soll in der nächsten, in acht bis vierzehn Tagen abzuhaltenden Sitzung beschlossen werden. Binnen kurzem soll auch eine öffentliche Versammlung einberufen werden, in der über das Thema: Mißstände des Rabattmarkensystems verhandelt werden soll. In der gestrigen Versammlung wurden über den Rabattmarkenverein mancherlei Klagen laut. Es wurde u. a. bemängelt, daß der Verein die vollgeklebten Bücher nicht in bar, sondern nur in Waren einlöse. Infolgedessen hätten die kleinern und kleinsten Geschäfte, die gerade die meisten Marken verabfolgen müßten, nichts von dem Verein; sie seien nur die Sammler für die großen Geschäfte, bei denen die Bücher umgesetzt würden. Bemängelt wurde auch, daß die Bücher in Wirklichkeit nicht mit 10 Mark, sondern nur mit 9,50 Mark eingelöst würden, denn es werde beim Einkauf von Waren, wenn für diese Sparbücher in Zahlung gegeben würden, nicht der sonst übliche Rabatt von 5 Prozent gewährt.

* Solingen, 17. Jan. Die Stadtverordneten beschlossen die Haftpflicht für Unfälle infolge mangelhafter Reinigung und Bestreuung der Bürgersteige in denjenigen Straßen, in welchen die Stadt die Reinigung ausführt, auf die Stadt zu übernehmen. Bisher lag diese den Hausbesitzern auf. Weiter wurde beschlossen, die Zinsbogensteuer im Betrag von 6000 Mark für die städtische Obligationsanleihe städtischerseits zu tragen und den städtischen Kassenbeamten die hinterlegten Amtskautionen zurückzuzahlen, um, wie die Verwaltung erklärte, einen alten Zopf abzuschneiden, der unter den heutigen Verhältnissen keine Bedeutung mehr habe.

* Gelsenkirchen, 17. Jan. In der Stadtverordnetensitzung kam der Oberbürgermeister Machens auf den Streit um das neue Schnellzugspaar Berlin-Köln zu sprechen. Er sagte, das Vorgehen der Stadt Bochum, die der Handelskammer in der Schnellzugsangelegenheit in den Rücken gefallen sei, berühre eigentümlich und lasse erkennen, daß Bochum nicht der geeignete Sitz für die Handelskammer sei. Es sei berechtigt, wenn man Bestrebungen einleite, die Kammer nach einem andern Ort des Bezirks zu verlegen, wo man größeres Verständnis für ihre Bestrebungen habe. Sodann gab der Oberbürgermeister eine Darlegung der Angelegenheit Reilard, durch die die von einem Essener Korespondenten in die Welt gesetzten Mitteilungen über eine Gelsenkirchner Köpenickiade widerlegt wurden. Wie der Oberbürgermeister weiter mitteilte, wird in diesem Jahre eine Erhöhung der Steuersätze nicht nötig sein. Schließlich wurde bekannt gegeben, daß das im Bau befindliche Realgymnasium vor Ostern und das Gymnasium nach Ostern seiner Bestimmung übergeben werden könne.

Marktberichte.

Neuß, 14. Jan. Fruchtmarkt. Weizen (neuer) 1. Qual. 22,40 Mark, 2. Qual. 21,40 Mark, 3. Qual. 0,0 Mark, Roggen (neuer) 1. Qualität 16,20 Mark, 2. Qualität 15,20 Mark, Hafer (neuer) 1. Qual. 15,50 Mark, 2. Qual. 14,50 Mark, alter 1. Qual. 0,0 Mark, 2. Qual. 0,0 Mark. Gerste (neue) 1. Qual. 14,50 Mark, 2. Qual. 0,0 Mark für 100 Kilogramm. Kartoffeln 2,70—3,00 Mark, Heu 4,50—5,00 Mark. Luzerner Heu 5,50—6,00 Mark für 50 Kilogr. Krummstroh 22,00 Mark, Breitdruschstroh 24 Mark für 500 Kilogramm. Rüböl 60,50 Mark, faßweise 62,50 Mark, gereinigtes 63,50 Mark für 100 Kilogramm. Rübkuchen 106,00 Mark für 1000 Kilogramm, in kleineren Partien 110,00 Mark. Kleien 6,20 Mark für 50 Kilogramm. Raps 1. Qual. 0,0 Mark, 2. Qual. 0,0 Mark. Rübsen 1. Qual. 0,0 Mark, 2. Qual. 0,0 Mark.

HEINRICH LANZ, Mannheim.
Patent-Heißdampf-
LOKOMOBILEN
mit
Ventilsteuerung System »benz«
und einfacher Ueberhitzung.

Hervorragend in Einfachheit der Konstruktion!
Höchste Oekonomie!
Filiale KÖLN a. Rh., Wallrafplatz 2.

Grabdenkmäler.
Künstlerische und solide Arbeit.
Sehr preiswerte Berechnung.
Reinh. Henrich, Siegburg,
Fernspr. 150. Bildhauerei. Gegr. 1863.
Man verlange Katalog.

Berger Germania Kakao
Beste Marke
Pölsneck

Rauchen Sie
ROLLTABAK
schmalen Coblenz p. ½ Pfd. 57 Pfg.
von Anton Coblenz sen.
Tabakfabrik Köln.

Sparsame Frauen, stricket nur Sternwolle

Orangestern, Blaustern, Rotstern, Violetstern, Grünstern, Braunstern — feinste Sternwollen
hochfeine Sternwollen
beste Konsum-Sternwollen
Strümpfe und Socken aus Sternwolle sind die billigsten, weil an Haltbarkeit im Tragen unübertroffen!
Reklame-Plakate auf Wunsch gratis!
Norddeutsche Wollkämmerei & Kammgarnspinnerei, Altona-Bahrenfeld.

Deutsche Weingesellschaft Duhr & Co.
Reichsbank Giro-Konto Köln a. Rh. Kontor: Auf Rheinberg 1—5
Kaiserl. und Königl. Hoflieferanten.
In- und ausländische Weine.
Vorrätig in den bekannter Niederlagen.
Neu eingeführt:
Duhr's Rekonvalescenten-Wein Mk. 1.10 in Orig.-Flaschen, ärztl. empfohlen.
Duhr's Rotwein „Blutwein" Mk. 1.20 p. ¾ Ltr.-Flasche, ärztl. empfohlen.
Man bittet Preiscourant zu verlangen u. auf Schutzmarke u. Etikett zu achten.

Vorteilhaftes Verkaufs-Etablissement in
Pianos — Flügeln
Preise wie bei direktem Bezug ab Fabrik.
Tel. 205 Gegr. 1875 Carl Schmitt Hagen i. W. No. 27.
Bei Kauf eines Pianos versäumen Sie nicht, meinen Katalog, Preise und Bedingungen einzufordern. Als leistungsfähigste Firma dieser Branche bin ich in der Lage, meiner werten Kundschaft ausgewöhnliche Vorteile zu bieten.

Unentbehrlich für jedermann ist:
18,593 Seiten, 150,000 Artikel, 16,800 Bilder
Meyers Grosses Konversations-Lexikon
1525 Tafeln, 160 Textbeilagen, 340 Karten
Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage
20 Bände, schön in Halbleder gebunden zu je 10 Mark
Prospekte kostenfrei — Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

Gemeindesparkasse zu Obergelpe
bei Hülsenbusch
mündelsicher, verzinst alle Einlagen vom 1. bezw. 16. jeden Monats ab
mit 3¾ %.
Einlagen werden an allen Tagen, auch Sonntags, sowie durch die Post entgegengenommen.

Wagen — Maße — Gewichte
für jeden Verwendungszweck sehr preiswert.
Reparaturen u. Nacheichung.
Potthoff & Wagener,
Bollmerhausen.
Preislisten frei.

? Unschön ist Korpulenz Fettleibigkeit
Wendelsteiner Entfettungstee
Mk. 2.00 und 3.50 Fettzehrende, alkalienreiche Kräuter-Pflanzen und Obst bringen besten Stoffwechsel, sichere Körperabnahme und geben schlanke, graziöse Figur. Zu haben in den Apotheken
C. Hunnius, München.
Teile: 10,0 Enzian, fucus vesicul aaa fötida, Cnc. Sagr, carol., Cortex salic, Baldrian, Kamillen, Aloe Kümmel.

Geld-Darlehns 4-5% evtl. ohne Bürg. a. jed. a. Wechl., Schuldsch., Wertpapiere, auch Ratenabz. gibt Central-Büro, Berlin W. 24, Nchf. Oranienburgerstr. 7.


Hof-Optiker
Sachs
gegr. 1847.
Köln, Hohestrasse 105/107.
Glasschleiferei. Anfertigung sämtlicher Augengläser.

Wo noch Hilfe möglich, erzielen Sie bei
Asthma
Bronchialkatarrh
Lungenleiden
Lungenbluten
Magenleiden

durch unsere Kur den besten Erfolg.
Diese Kur hat Tausenden Erleichterung und schließlich vollständige Genesung verschafft, die an Besserung schon längst nicht mehr glaubten und von Aerzten aufgegeben waren. Sie hat mit Geheimmitteln nichts zu tun, sie ist vielmehr das Ergebnis des Studiums der hervorragendsten Autoren und der Erfahrungen, die an über 50,000 Patienten genannter Art gesammelt wurden. Auch ist dieselbe ohne Berufsstörung zu Hause durchführbar.
Unter div. Aerzten, welche mit dieser Kurmethode Versuche anstellten, schreiben u. a.:
Dr. med. Fischer, als Kreisarzt geprüft zu Karlshorst: „Die Behandlungsweise ist durchaus selbständig aufgebaut und berücksichtigt vor allem die Individualität der einzelnen Kranken. Alle Ratschläge zeugen von eingehendem Studium. Das System ist ebenso einfach wie praktisch und wird namentlich wie eine Erlösung auf solche Kranke wirken, welche bisher Medizinen nutzlos anwandten."
Dr. med. S. in Z.: „Aufmerksam gemacht durch einen verzweifelten Fall von Lungentuberkulose in hiesiger Gegend, den Sie nach Ihrer Methode mit Ihrem Apparat und allgemeiner Hydrial-Behandlung, wie es mir scheint, zur Besserung bringen u. s. w. Ihre Methode erscheint mir sehr rationell und verpflichten mich an sehr großen Danke, wenn Sie mich in der Anweisung derselben unterstützen wollen."
Dr. med. M. in H.: „Ich habe von Ihrer vorzüglichen Kur gehört und stehe nicht an, Sie um nähere Details hierüber zu ersuchen, da es mir im Interesse der armen Leidenden wertvoll erscheint, auch Ihre Erfahrungen kennen zu lernen" u. s. w. Später schrieb dieser Arzt: „Ich finde Ihren Kurplan ganz vortrefflich und einzig richtig, bin durchaus von dem Vorteile Ihrer Anordnungen überzeugt und stimme Ihnen vollkommen bei."
Zur Kur-Einleitung sind nötig die genaue Leidensbeschreibung (die am häufigsten vorkommenden Symptome sind Husten, vielfach zum Erbrechen reizend, — Auswurf zähen Schleimes, — Stechen auf Brust und Rücken, — Druck in den Schulterblättern, — Nachtschweisse, — in der Regel kalte Hände und Füsse, — Atemnot. — Das Atmen ist später von hörbarem, pfeifendem und schnurrendem Geräusch begleitet, — Blutspucken, — Oft heftiger, unregelmässiger Herzschlag, verbunden mit starkem Angstgefühl, — Mangelhafter Schlaf, — Schlechte Verdauung etc. etc.), und die Angabe der Beschäftigung. Man schreibe an:
Kur-Institut „Spiro spero"
Dresden-Niederlößnitz, Hohestrasse 16,
Spezial-Praxis seit 1881.